



Ausschuss für Europa und Internationales

9. Sitzung (öffentlich)

6. Juni 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:03 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Grenzpendler: Homeoffice zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und Niederlande muss auch weiterhin möglich sein!

7

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1865

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2802

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Europa und Internationales

Stellungnahmen
18/474, 18/475, 18/486
18/487, 18/488

Zukunftsfähige Rahmenbedingungen für das Homeoffice der Grenzpendlerinnen und Grenzpendler schaffen

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4557

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/2802 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1865 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 18/4557 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

2 Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4140

– Wortbeiträge

Die SPD-Fraktion beantragt eine Anhörung.

3 Einfacher Staat: Patientenschutz im Grenzland erhöhen – mit besseren Daten 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4353

– Wortbeiträge

Die FDP-Fraktion beantragt eine schriftliche Anhörung.

4 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten Bildung und Kultur intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken 12

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4371

– Wortbeiträge

5 Ergebnisse der Ukraine- und Polen-Reise 15

– Mündlicher Bericht
der Landesregierung

– mündlicher Bericht der Landesregierung

6 Digitale Kompetenzen: Wie helfen EU-Förderprogramme den Schülerinnen und Schülern in NRW? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion) 22

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1309

– Wortbeiträge

7 Digitale Bürgerrechte: EU-Kommission plant Aufbau einer Überwachungsstruktur (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion) 24

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1292

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1292 zur Kenntnis.

8 Partnerschaften für regionale Innovation *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion)* **25**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1308

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1308 zur Kenntnis.

9 Spitzenforschung: Mai-Sitzung der Taskforce für das Einstein-Teleskop *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion)* **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1307

– Wortbeiträge

10 Best-Practice-Beispiele der Euregio im grenzüberschreitenden Krisenmanagement *(Bericht beantragt von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)* **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1302

– Wortbeiträge

11 Wie will die Landesregierung die EU-Vorgaben auf dem Weg zur Klimaneutralität in den nächsten sieben Jahren in NRW umsetzen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **31**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1303

– Wortbeiträge

- 12 Was sind die konkreten Ergebnisse der Reise von Ministerin Neubaur nach Belgien und den Niederlande? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)** **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1322

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1322 zur Kenntnis.

- 13 Partnerschaftsvereinbarungen zwischen NRW und ausländischen Staaten (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)** **35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1304

– Wortbeiträge

- 14 Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen, um ihre entwicklungs- und migrationspolitischen Bestrebungen zur Unterstützung von Jesidinnen und Jesiden im Nordirak umzusetzen und somit ihrer globalen humanitären Verantwortung für besonders schutzbedürftige Personen gerecht zu werden? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)** **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1305 – Neudruck

– Wortbeiträge

- 15 Wie plant die Landesregierung das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023 in NRW umzusetzen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)** **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1306

– Wortbeiträge

16	Verschiedenes	42
	a) Beschluss über die auswärtige Sitzung am 18. August 2023	42
	b) Auswärtige Sitzung am 7. September 2023 in Brüssel	42
	c) Auswärtige Sitzung am 20. Februar 2024 in Brüssel	42
	d) Terminplanung für das Jahr 2024 (Tischvorlage)	42
	Der Ausschuss beschließt den Terminplan 2024.	
	e) Europachecks	42

* * *

1 Grenzpendler: Homeoffice zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und Niederlande muss auch weiterhin möglich sein!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1865

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2802

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Europa und Internationales
Stellungnahmen
18/474, 18/475, 18/486
18/487, 18/488

In Verbindung mit:

Zukunftsfähige Rahmenbedingungen für das Homeoffice der Grenzpendlerinnen und Grenzpendler schaffen

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4557

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/865 an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 09.12.2022)

Vorsitzender Stefan Engstfeld verweist auf die schriftliche Anhörung und die vorliegenden Stellungnahmen. Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe am 26. April 2023 ein Votum gefasst und empfehle die Ablehnung des Änderungsantrages sowie des Antrages der FDP-Fraktion.

Dr. Werner Pfeil (FDP) freut sich, dass die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP einen gemeinsamen Entschließungsantrag nach der Anhörung verfasst hätten. Die Anhörung habe gezeigt, dass zu dem Thema immer noch Beratungsbedarf auf Bundesebene bestehe. Im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Regelungen sei eine Einigung entwickelt und abgesprochen worden. Er unterstütze den neuen Entschließungsantrag. Er bitte, über den Antrag abzustimmen.

Sven Werner Tritschler (AfD) merkt an, der Entschließungsantrag sei kurzfristig gekommen. Der ursprüngliche Antrag stamme von November letzten Jahres. Jetzt berate

man über einen Antrag, der nicht einmal eine Drucksachenummer habe. Da der ursprüngliche Antrag mit einer redaktionellen Änderung zustimmungsfähig sei und gegen den Entschließungsantrag nichts spreche, der im Endeffekt nichts anderes besage, als dass sich der Bund kümmern solle, stimme seine Fraktion auch diesem zu.

Romina Plonsker (CDU) sendet das Signal, dass es wichtig sei, das Thema aufzugreifen. Nun habe es Verunsicherung bei den Pendlerinnen und Pendlern gegeben, was gespiegelt worden sei. Ihre Fraktion werde dem Entschließungsantrag selbstverständlich zustimmen. Sie hoffe, dass man auf europäischer Ebene und Bundesebene Erfolge für die Pendlerinnen und Pendlern erzielen könne.

Inge Blask (SPD) betont, auch ihre Fraktion werde dem Entschließungsantrag zustimmen. In den letzten Monaten habe man Gespräche mit den Europaausschussmitgliedern der SPD-Fraktion entlang der Grenze geführt, auch aus dem Saarland. Sie hätten gesagt, dass sie die gleichen Probleme hätten. Wenn viele Bundesländer eine Initiative ergreifen würden, könne man sicher eine gute und vernünftige Regelung in Berlin finden.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) hält fest, das Wichtigste sei gesagt. Die Probleme im Sozialversicherungsbereich würden abgearbeitet. Die Besteuerungsfragen seien weiterhin zu klären. Es sei gut, dass man mit diesem Entschließungsantrag gemeinsam voranschreite und dem Bund deutlich mache, hier müsse sich etwas tun, um das grenzüberschreitende Arbeiten zu erleichtern und die Menschen zufriedenzustellen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) legt dar, die Landesregierung freue sich, dass es zu diesem faktionsübergreifenden Entschließungsantrag gekommen sei. Das sei eine gute Unterstützung der eigenen Bemühungen in diesem Bereich. Diese Bemühungen gingen selbstverständlich weiter. Der Finanzminister, der bei dem Thema versiert und fachkundig sei, habe die Finanzministerkonferenz in Münster in der vergangenen Woche zum Anlass genommen, zu einem Beschluss zu kommen, den alle Kolleginnen und Kollegen Finanzminister mitgetragen hätten – das sei ein gutes Signal auch an diejenigen, die vielleicht nicht direkt betroffen seien. Das Thema sei in Richtung Bundesfinanzminister adressiert worden, weil es dränge.

Beim Thema „Sozialversicherung“ habe man den Übergang. Bei dem anderen Thema müsse man auch zu einer Lösung kommen, die dem gerecht werde, wie in den grenzüberschreitenden Gebieten gelebt und gearbeitet werde. Da reichten keine Lösungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Es sei hilfreich, wenn er sagen könne, dass vier Fraktionen hinter diesem Ansinnen stünden.

Dr. Werner Pfeil (FDP) zieht den Antrag Drucksache 18/1865 und den Änderungsantrag Drucksache 18/2802 zurück.

Vorsitzender Stefan Engstfeld erklärt, das sei leider nicht möglich. Sonst hätte man keine Grundlage für den gemeinsamen Entschließungsantrag.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/2802 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1865 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 18/4557 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

2 Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4140

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie den Hauptausschuss am 05.05.2023)

Inge Blask (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion beantrage dazu eine Anhörung. In der Obleuterunde sei schon ein Termin festgelegt worden, und zwar der 15. August 2023, 15 Uhr.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, die Anhörung solle in Präsenz stattfinden. Termin sei der 15. August, 15 Uhr. Die Obleute hätten beschlossen, dass bis zu zwei Sachverständige pro Fraktion benannt werden könnten.

Die SPD-Fraktion beantragt eine Anhörung.

3 Einfacher Staat: Patientenschutz im Grenzland erhöhen – mit besseren Daten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4353

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 25.05.2023)

Dr. Werner Pfeil (FDP) gibt an, seine Fraktion beantrage eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag. Zwei Sachverständige pro Fraktion sollten einbezogen werden.

Vorsitzender Stefan Engstfeld trägt den Zeitplan vor. Die Stellungnahmen könnten für den 18. September 2023 erbeten werden. Der Ausschuss könnte in der Sitzung am 26. September die Stellungnahmen auswerten. Am 27. September 2023 könnte das Votum des mitberatenden Ausschusses erfolgen. Am 3. November könne der Europa-ausschuss dann abschließend beraten. – Der Ausschuss ist einverstanden.

Die FDP-Fraktion beantragt eine schriftliche Anhörung.

4 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten Bildung und Kultur intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4371

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss für Schule und Bildung am 25.05.2023)

Romina Plonsker (CDU) weist darauf hin, Kollege Dr. Bergmann habe im Plenum schon dargelegt, wie wichtig der Bereich Bildung und Kultur in den Grenzregionen sei. Ein wichtiger Baustein im Leben in der Grenzregion werde symbolisiert durch die Europaprofilschulen und Europaschulen, die darüber hinaus wirken würden.

Neben der Kultur und Schule sei Niederländisch als Fremdsprache an den Schulen sehr wichtig, damit man in der Grenzregion auch miteinander sprechen könne und das nicht über Englisch laufen müsse, sondern in der jeweiligen Sprache. Es sei sehr wichtig, die Vermittlung der Sprache Niederländisch zu fördern.

Eine Herausforderung sei auch die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Der Antrag solle die Landesregierung ermutigen, ihre bereits bestehenden Aktivitäten beim Thema „Anerkennung von Berufsabschlüssen“ zu intensivieren. Der Antrag für sich sei schon sehr gut, weswegen man auch keine Anhörung benötige. Man sollte die Voten der mitberatenden Ausschüsse abwarten und danach im Europaausschuss final darüber abstimmen. Das wäre der Vorschlag zum Verfahren.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) weist darauf hin, dass im Plenum bereits viel Gutes zu dem Antrag gesagt worden sei, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich gestärkt, ausgebaut und unterstützt werden solle. Das sei sicherlich richtig. Der Schwerpunkt solle auf dem Spracherwerb liegen. Im Moment sei es so, dass immer weniger Kinder und Jugendliche das Interesse hätten, die jeweils andere Sprache zu lernen. Hier unterstützend tätig zu werden, sei eine absolute Notwendigkeit. Voraussetzung sei, dass die Lehrkräfte in der jeweiligen Sprache auch unterrichten könnten, hin und her pendeln könnten, in den Nachbarchländern arbeiten könnten.

Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit liege darin, die Erinnerungskultur hochzuhalten und in grenzüberschreitender Zusammenarbeit auszubauen. In den Niederlanden gebe es dazu bereits einzelne Projekte, die wegweisend sein könnten und Vorbild für die Aufarbeitung der eigenen Geschichte sein könnten. Es sei gut, hier im Ausschuss darüber zu beraten, die Voten der mitberatenden Ausschüsse abzuwarten und zu berücksichtigen. Er freue sich auf die nächste Sitzung.

Dr. Werner Pfeil (FDP) hält fest, seine Fraktion unterstütze den Antrag ausdrücklich – das habe er schon im Plenum gesagt –, weil er im Bildungsbereich genau die Punkte aufgreife, die wichtig und wesentlich seien. Man wisse aus den Erfahrungen der letzten acht bis neun Monate, dass es den Jugendlichen durch die Coronapandemie in den letzten zwei Jahren unmöglich gewesen sei, grenzüberschreitende Schulbesuche zu machen.

Das Angebot, das die Landesregierung in der letzten Legislaturperiode eröffnet habe, dass sich nämlich die Regioprofilschulen wechselseitig in den Klassen besuchen könnten, sei nicht möglich gewesen, sodass man hier zum einen tätig werden müsse, zum Zweiten das Angebot verstetigen müsse und zum Dritten die Euregioprofilschulen und die Europaschulen weiter stärken müsse. Insbesondere gebe es die Lehrer mit niederländischen Sprachkenntnissen kaum. Die Unterrichtung der niederländischen Sprache durch einen Muttersprachler stelle ein Problem in der Grenzregion dar. Eine Anhörung hätte mit Sicherheit das alles bestätigt. Nun brauche man keine Anhörung. Man kenne die Probleme. Seine Fraktion unterstütze nach wie vor diesen Antrag.

Inge Blask (SPD) betont, auch die SPD-Fraktion setze sich für bildungspolitische Anstrengungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein. Ihre Fraktion werde dem Antrag wohlwollend zustimmen.

Kritisch anmerken wolle sie, dass man bei dem Thema „Kultur“ nicht auf hochgestochene Literatur setzen sollte, sondern bei den Jugendkulturprojekten auf die Projekte setzen sollte, die bei Jugendlichen angesagt seien, dass man da gucke, was es da gebe, wo man verstärken könne.

Ansonsten finde sie in dem Antrag viel „zu prüfen, checken, erleichtern, fördern“. Sie frage die Landesregierung, ob sie sich überlegt habe, den Antrag zu evaluieren, zu gucken, was passiert sei, was verbessert worden sei, von welchem Status quo man jetzt ausgehe und welchen Status quo man vielleicht in zwei Jahren habe, welche Verbesserungen es gebe. Vielleicht könne Herr Minister Liminski das einmal aufgreifen. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich für die Beratung des Antrages, auch dafür, dass die nichtantragstellenden Fraktionen die Bedeutung des Themas anerkennen würden, sich sogar eine Zustimmung vorstellen könnten.

Alle von einer Mehrheit im Landtag beschlossenen Anträge würden in der Staatskanzlei einem Monitoring unterzogen, sodass man schaue, ob die zuständigen Ressorts – an der Stelle wäre man es selbst – diese Punkte über die Legislaturperiode auch abarbeiteten. Wenn man hier Dinge auf den Weg gebe, die eine Mehrheit im Landtag fänden, gucke man sich die Beschlusspunkte an. Dann werde zugeordnet, welches Ressort betroffen sei. Dann werde das so wie der Koalitionsvertrag abgearbeitet. Es werde nicht immer alles erledigt. Es gebe aber schon den Anspruch, den Wünschen, die von der Mehrheit im Landtag beschlossen worden seien, vollumfänglich nachzukommen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, es sei keine Anhörung beschlossen worden. Jetzt warte der Ausschuss auf die Voten der drei mitberatenden Ausschüsse. Er hoffe, dass sich die positive Grundstimmung in den mitberatenden Ausschüssen widerspiegeln werde.

5 Ergebnisse der Ukraine- und Polen-Reise

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gerne will ich über diese Reise aus dem April berichten. Eine solche Doppelreise nach Polen und in die Ukraine über insgesamt vier Tage stellt sicherlich die Ausnahme dar, zumindest im Kalender eines Chefs der Staatskanzlei. Sie war an der Stelle allerdings nahe-liegend, weil die Anlässe terminlich beieinander lagen und sich auch regional man-cher Mehrwert für die Reiseplanung ergab.

Ganz am Ursprung stand die Einladung der Stiftung Auschwitz-Birkenau, am Inter-nationalen Holocaust-Gedenktag in die Gedenkstätte zu kommen. Seinerzeit hatte sich Nordrhein-Westfalen im Länderkreis sehr stark darum bemüht, dass finanzielle Mittel für die Restaurierung und Konservierung der Gedenkstätte bereitgestellt wer-den. Jetzt sind diese Mittel in der Anwendung, wenn ich das mal so ausdrücken darf. Man wollte mir das zeigen. Der Einladung bin ich gerne nachgekommen.

Die Reise in die Ukraine hatte den Anlass, eine Einladung der ukrainischen Regie-ung für einen internationalen Gipfel von Städten und Regionen, und zwar für solche Städte und Regionen, die die Ukraine in besonderer Weise unterstützen.

Ich fange mit der Polen-Reise an. Ich habe den Aufenthalt in Polen genutzt, um auch unsere Partnerregion Schlesien zu besuchen, habe hier zum einen politische Gespräche geführt, zum anderen auch zwei Fachtermine wahrgenommen. Die po-litischen Gespräche fanden mit dem Marschall, dem Vizemarschall und dem Regi-onalparlamentspräsidenten statt. Das war in dieser Zeit insofern genau das Rich-tige, als dass sich der Marschall momentan, damals in der Zeit noch ganz beson-ders unter erheblichem politischen Druck befindet.

Ich weiß nicht, inwieweit Sie das verfolgt haben. Herr Chełstowski hat die PiS ver-lassen. Da er einer der herausgehobenen Regionalmarschalle in Polen ist, war das für die PiS-Nationalregierung eine herbe Schlappe. Er hatte einige Monate zuvor selbst die PiS verlassen und dann eine neue Regierung gebildet, weil die Mehrheit sich im Regionalparlament auch geändert hatte.

In den Tagen, in denen ich da war, hatte PiS gerade eine Art Gegenangriff gestartet und ein Misstrauensvotum für die Folgeweche angekündigt. Dementsprechend ha-ben wir unseren Besuch auch genutzt, um zu zeigen, dass wir hinter dem Kurs des Marschalls stehen, der in vielerlei Hinsicht mit Blick auf die Streitthemen, die wir zwischen Europäischer Union und Polen haben, für einen Kurs steht, der uns in Nordrhein-Westfalen deutlich näher ist – weltoffen, mit Blick auf Klimaschutz prob-lembewusst und progressiv.

Das wird von der Nationalregierung nicht unbedingt in Gänze so verfolgt, wenn ich das mal freundlich formulieren darf. Dementsprechend war das ein wichtiges und herzliches Gespräch. Das Gleiche gilt auch für die anderen politischen Gespräche, die sich darauf bezogen haben, welche Potenziale unsere Partnerschaft noch hat mit Blick auf den Ausbau der Wissenschaftskooperation, aber auch mit Blick auf den Erfahrungsaustausch im Hinblick auf den Strukturwandel.

Zum Strukturwandel ein Punkt – das ist nämlich der Kernkonflikt zwischen den betroffenen Regionen in Polen und der Nationalregierung –: Durch diesen Streit über die NextGenerationEU-Mittel zwischen Polen und der Europäischen Union sind natürlich diese Regionen besonders betroffen, weil sie das für ihren Strukturwandel brauchen. Dieser interne Konflikt prägt in Polen bis heute sehr stark die Landschaft. Das ist aus unserer Sicht auch nachvollziehbar.

Uns ging es, mir persönlich auch darum, im Rahmen dieser Reise ein Zeichen zu setzen, dass unsere Partnerschaft zu Schlesien nicht in der Nostalgie gegenüber alten Zeiten begründet ist, im Sinne von zwei Industrieländern der älteren Prägung, sondern dass wir auch Zukunftsthemen miteinander vorantreiben wollen. Wir haben das in unserem Partnerschaftsabkommen 2021 auch entsprechend niedergelegt. Dementsprechend habe ich meine Reise damit begonnen, dass ich ein großes E-Sport-Unternehmen dort untersucht habe – das ist erst einmal außergewöhnlich –, aber das war auch so, um den Polen auch zu zeigen, wir wollen jetzt nicht ein Museum nach dem anderen und eine Gedenkstätte über Grubenunglücke besuchen, sondern wir möchten uns auch gemeinsam solchen Themen widmen.

Das war sehr beeindruckend. Wir haben eine starke Kooperation zwischen dieser Firma in Kattowitz und einer Firma in Köln. Polen ist ein sehr dynamischer Standort, was das angeht. Insofern war das, auch um die Brücke zwischen den Unternehmen zu verstärken, durchaus sinnvoll.

Um den Einsatz Polens im Kontext des Ukraine-Konflikts zu beleuchten, habe ich in Kattowitz eine Institution besucht, die sich um geflüchtete Kinder aus der Ukraine besonders bemüht, die aus Mitteln aus Nordrhein-Westfalen mitunter gefördert wird. Das ist der sogenannte „Spilno Hub“, ein Integrationscafé, in dem Kinder vielfach betreut, auch gebildet werden, aber auch Tanz und Musik und andere Dinge ermöglicht werden, um ein Ankommen in der Realität der Flucht zu erleichtern.

Vielleicht eine Zahl, die zeigt, wie sehr Polen sich an der Stelle engagiert: Die kleine Stadt Kattowitz mit ihren 300.000 Einwohnern hat 90.000 Flüchtlinge aufgenommen, fast ein Drittel – und das in einer Art und Weise, die nach meiner Wahrnehmung sehr partnerschaftlich vonstattengeht, sehr respektvoll. Das ist aus unserer Sicht auch sehr unterstützenswert, da Polen an der Front des Geschehens Aufgaben übernimmt, die in unserer aller Sinne sind. – Das vielleicht zu dem Polen-Teil der Reise bzw. dem Schlesien-Teil.

Ich bin dann weiter gereist nach Krakau und Auschwitz – Krakau deshalb, weil es ein jüdisches Kulturzentrum seinerzeit war und es auch der Einstimmung auf den Besuch in Auschwitz-Birkenau am Folgetag diene. Der Besuch in Auschwitz-Birkenau ist, wie Sie sich alle vorstellen können, sehr eindrucksvoll – zum einen mit Blick auf das, was dort geschehen ist, was uns bis heute nicht loslässt; zum anderen auch mit Blick auf die Erinnerungsarbeit, die dort geleistet wird. Es wird mit einer liebevollen Akribie alles das konserviert, was dazu dienen kann, die seinerzeitige Verobjektivierung von Menschen zurückzudrehen und Menschen wieder ein Gesicht, eine Adresse, einen Namen zu geben. Das ist ein Bemühen, das jeden Aufwand wert ist. Dementsprechend wurde vor Ort auch geschätzt, dass man an dem Tag da sein konnte. Der Internationale Holocaust-Gedenktag war auch der Tag des

„March of the Living“, von dem Sie vielleicht gehört haben, wo junge Menschen aus der ganzen Welt kommen, über 10.000 waren dort – es ist sehr beeindruckend, das zu sehen.

Die Stiftung zeigt, wie sinnvoll die Gelder aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus anderen deutschen Ländern für Dinge eingesetzt werden, die sonst der Vergessenheit anheimfallen würden. Man kann es sich in Deutschland gar nicht vorstellen. Ich erinnere mich sehr gut, dass seinerzeit, als ich 2018 dieses Hilfsgesuch bekam, anzupacken, es zuerst für einen schlechten Scherz hielt. Ich dachte, wenn es eine Gedenkstätte gibt, die keine Finanzsorgen haben müsse, dann wäre es Auschwitz-Birkenau. Sie haben mir damals gezeigt, dass selbst die Baracken, die wir alle aus Bildern kennen, dem Verfall ausgesetzt sind. Deswegen werden die Gelder, die wir seitens der Länder und gemeinsam mit dem Bund aktiviert haben, zum einen zum Erhalt dieser Baracken eingesetzt, zum anderen auch für den Erhalt von Dingen wie die letzten Habseligkeiten der Menschen, die dort ermordet worden sind.

Man könnte sicherlich noch tagfüllend darüber sprechen, ich will es im Rahmen meines Berichts einmal dabei belassen und will nur sagen: Es wird nicht bei diesem Besuch bleiben, denn ich habe mit der Stiftung Gespräche darüber geführt, inwieweit wir die digitale Gedenkarbeit, die auch mit diesen Geldern angeschoben wird, von Nordrhein-Westfalen aus weiter unterstützen können, auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler und der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben vereinbart – das ist bereits angelaufen –, dass wir bei dieser digitalen Gedenkarbeit, die wir mit einer Klasse aus Saerbeck im Münsterland bereits vor Ort einmal erprobt haben, in Nordrhein-Westfalen für die Erprobung zur Verfügung stehen. Worum geht es? Es geht darum, dass man die Gedenkstätte digital zugänglich macht. Das erlaubt völlig neue Möglichkeiten der Gedenk- und Erinnerungsarbeit, weil ich Dinge, Filme, Zusatzinformationen einblenden kann, pädagogisch ganz anders arbeiten kann. Dafür hatte man bisher nur in vereinzelten Gruppen Erfahrungen gemacht. Wir haben jetzt in Nordrhein-Westfalen in Absprache mit Frau Feller angeboten, dass wir hier, damit man vergleichen kann, unterschiedliche Schultypen, unterschiedliche Altersgruppen und eine kritische Masse als Erprobung, da, wo sich Lehrer bereit erklären, zur Verfügung stellen. Es läuft an. In diesen Tagen findet es statt, in einigen Schulen in Münster, Xanten, Ratingen und soll nach dem Sommer in der Fläche ausgerollt werden.

Ende Juni wird diese Technologie weltweit seitens der Stiftung präsentiert. Ich freue mich sehr – bin im andauernden Austausch mit der Stiftung –, dass man von dort sehr dankbar ist, neben dem Geld auch für die praktische Unterstützung bei der Erprobung dieser Dinge sehr dankbar ist. Das dazu.

Jetzt in aller Kürze zu meiner Reise in die Ukraine: Sie bestand im Wesentlichen aus zwei Tagen und hatte zwei Teile. Der erste Tag war eine Fahrt zu den Orten, die wir alle aus den Nachrichten kennen, Butscha, Borodjanka, Irpin, die sich alle im Umfeld von Kiew befinden, wo wir mit den anderen Teilnehmern dieser Konferenz – Vertretern europäischer Institutionen, die Bürgermeister von Paris, von Kopenhagen und einiger anderer Regionen, auch unsere Partnerregion Hauts-de-France, hingefahren sind und jeweils mit den örtlichen Verantwortlichen gesprochen haben. Wie

Sie sich vorstellen können, war es sehr eindrucksvoll, diese Orte zu sehen, auch mit den Bürgermeistern zu sprechen. Nach wie vor klaffen da viele Wunden; andererseits gibt es diesen unbedingten Willen, wieder zu einem normalen Leben zurückzukommen, darüber auch den Widerstand gegenüber dem Angriffskrieg aus Russland zu dokumentieren.

Das bringt mich zum Stichwort „Wiederaufbau“, der sehr engagiert bereits angegangen wird. Ich habe auch den Leiter der Nationalen Wiederaufbauagentur getroffen, der mir auf einer großen Karte gezeigt hat, wann da was wie in Angriff genommen wird. Man wundert sich im Grunde, dass das in unmittelbarer Frontnähe stattfindet. Das zeigt auch den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, auch dadurch zu zeigen, dass sie diese Besetzung, diesen Angriff nicht akzeptieren wollen.

Ich habe die Gelegenheit dieser Reise genutzt, mit unserer Partnerregion Dnipropetrowsk deutlich engere menschliche Bande zu knüpfen. Sowohl der Militärgouverneur als auch der Regionalparlamentspräsident als auch der Bürgermeister von Dnipro waren alle in Kiew zugegen. Selber nach Dnipropetrowsk zu reisen, wäre mit einem großen Sicherheitsaufwand verbunden gewesen, weshalb wir in der Planung der Reise davon abgesehen haben. Wir haben uns dann in Kiew getroffen und die zwei Tage mehrfach miteinander gesprochen.

Ich kann Ihnen berichten, dass man selber, wenn man diese Auseinandersetzung sieht und das, was das ukrainische Volk gerade erleiden muss – heute wieder mit dem Anschlag auf den Staudamm – sehr bescheiden und demütig wird, was wir als Land leisten können. Wenn Ihnen der Militärgouverneur dort im Einzelnen aufzählt, welche Schule, welches Krankenhaus, welcher Kindergarten, welcher Widerstandspunkt nur deshalb weiter betrieben werden konnte, weil es die Stromgeneratoren aus Nordrhein-Westfalen gab, dann macht das Hoffnung und auch ein Stück stolz auf das, was wir hier als Nordrhein-Westfalen tun können.

Vielmehr damit verbunden ist auch – das hat mir der Militärgouverneur deutlich vermittelt – das Signal, dass wir an die Zukunft der Ukraine als freies Land glauben. Wir haben deshalb Felder identifiziert, auf denen wir sehr konkret noch helfen können. Das ist der Bereich der Reha-Einrichtungen für Kinder, aber auch für Verwundete. Das Thema der Verwundeten-Versorgung, der Veteranen ist jetzt schon eines in der Ukraine. Man muss dazu wissen: Dnipropetrowsk und Dnipro liegen zwar nicht an der Front, aber unmittelbar dahinter und sind so etwas wie der Hub für die Verwundeten-Versorgung, die großen Krankenhäuser in Dnipro selber.

Wir haben hier eine Aktion gestartet, dass wir Krankenhausbetten in Nordrhein-Westfalen sammeln. Wir haben jetzt an die 350 zusammen. Davon sind 300 bereits unterwegs. 200 davon sind nach Dnipropetrowsk und nach Dnipro gegangen. Als jüngst die Angriffe auf Krankenhäuser in Dnipro waren, war ich im Austausch mit dem Militärgouverneur und dem Bürgermeister. Die sagten: Genau das brauchen wir jetzt. Wir brauchen Krankenhausbetten jetzt. Das zeigt, dass wir an der Stelle richtig unterwegs sind dadurch, dass wir versuchen, konkret etwas zu tun. Selbst wenn es uns manchmal wenig erscheint, ist es vor Ort doch wichtiger, als man glaubt. Das stiftet dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, diese Hands-on-Solidarität, die es braucht, damit die Ukrainer so tapfer bleiben in ihrer Verteidigungshaltung.

Das vielleicht dazu. – Ich habe dann auch den Bürgermeister von Kiew, Herrn Klitschko und seinen Bruder getroffen und einige andere Gesprächspartner. Dabei würde ich es jetzt belassen. Wir sind dann nach drei Tagen wohlbehalten wieder zurückgekehrt.

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den Bericht. Was das Thema „Städtepartnerschaft mit der Ukraine“ angehe, so gebe es seitens der Kommunen, die eine Partnerschaft mit der Ukraine machen wollten, den Wunsch, ein Konzept, einen Überbau des Landes Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Sie frage, ob das Land die Kommunen bei der Verwirklichung der Partnerschaften unterstütze.

Romina Plonsker (CDU) ist verwundert, dass die Reise nur drei Tage gedauert habe. Was die Gedenkstätten angehe, so wolle sie eine versöhnliche Anmerkung machen. Sie selber sei in Polen gewesen und habe sich das Warschauer Ghetto angesehen. Das Thema betreffe den im Hauptausschuss. Sie sei der Landesregierung dankbar für die Förderung von Schulklassenfahrten an Gedenkstätten. Das sei auch in dem gemeinsamen Antrag zur grenzüberschreitenden Kooperationen im Bereich der Kultur thematisiert worden. Es sei so wichtig, die Stätten persönlich zu sehen. Das schule auch mit Blick auf die Demokratie, verhindere Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, wenn man sehe, was passiert sei. Sie sei für die Reise sehr dankbar, vor allem der Landesregierung auch für die Förderung der Schulen in diesem Zusammenhang.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) bedankt sich für den ausführlichen und detaillierten Bericht. Er sei auch Vorsitzender des Ausschusses für Integration. Der Minister habe über Integrationsprojekte gesprochen, die er besucht habe. Der Minister habe von 90.000 Geflüchteten bei 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gesprochen. Er frage, was er als besonders bemerkenswert in der Unterstützung vor Ort wahrgenommen habe, ob er da auch Probleme gesehen habe und was man in Deutschland über die Betreuung und Unterstützung der Geflüchteten von den Polen lernen könne.

Der Minister habe ein besonderes Projekt erwähnt. Er frage, wie der Minister die Lage der Menschen einschätze, die aus der Ukraine nach Polen geflohen seien. Viele seien ja wieder auf dem Rückweg. Er frage, wie die Bewegungen seien. Die Aufnahme von Geflüchteten beschäftige die Innenpolitik jeden Tag, zurzeit weniger aus der Ukraine, aber aus anderen Staaten. Er frage, wie da die Entwicklungen seien, wie die Einschätzung des Ministers sei.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) kommt zunächst auf die Frage von Frau Blask zu sprechen. Es habe sich so ergeben, weil er just am Tage seines Aufenthalts in Kiew eine Online-Konferenz mit über 100 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen und aus Dnipropetrowsk durchgeführt habe – das habe man schon länger angelegt, er habe im Ausschuss darüber bereits berichtet –, gemeinsam mit dem Netzwerk in Dortmund bzw. den Stellen, die es dafür auch im Bund gebe. Da habe sich sehr deutlich gezeigt – Frau Blask habe es angedeutet –: Man finde bei vielen Kommunen, auch den kleineren

den Willen, so etwas zu machen. Er verweise auf Ratsbeschlüsse. Oft seien die Verwaltungen ein Stück weit damit überfordert, weil sie es nicht gewohnt seien, internationale Kooperationen einzugehen. Hier kämen noch das unterschiedliche Schriftbild, Sprachhindernisse hinzu, auch die Erreichbarkeit der Kommunen im Kriegsgebiet. Deswegen sei die Vermittlung, die Kanalisierung, mitunter Beratung besonders wichtig. Das teile er absolut.

Er habe es sehr schön gefunden, dass es im Rahmen der Konferenz, an der auch die Generalkonsulin der Ukraine hier in Nordrhein-Westfalen teilgenommen habe, vielfach großes Interesse gegeben habe. Man sei jetzt im Nachgang dabei, die konkreten Partnerschaften zu vermitteln und zu stiften. Insgesamt halte das Engagement der nordrhein-westfälischen Kommunen an, in der Ukraine Partnerschaften zu schließen – und das auch vermehrt jetzt in die Partnerregion hinein. Wenn es andere Bezüge gebe, die eine Partnerschaft außerhalb von Dnipropetrowsk nahelegen würden, werde das nicht verboten. Dann finde man das auch gut. Im Rahmen der Regionalpartnerschaft könne man das anders fördern. Das wollten gerade kleinere Kommunen nutzen.

Wenn man sich die Situation in der neuen Partnerregion anschauere, dann passe das für die Zukunft wegen der ähnlichen Struktur. Aktuell sei es besonders sinnvoll. Wenn man die Nachrichtenlage verfolgere: Fast alle Ereignisse, die die Nachrichten in Deutschland erreichen würden, fänden in der Partnerregion statt, was kein Zufall sei, weil dort über 400.000 Binnenflüchtlinge seien, weil dort die Logistik im Wesentlichen laufe, weil die Wirtschaftsleistung der Ukraine momentan in unverhältnismäßig großen Teilen in dieser Region erwirtschaftet werde. Da spiele sozusagen die Musik. Insofern könnten diese Regionen auch die Unterstützung gebrauchen. Zu einem späteren Zeitpunkt könne er proaktiv berichten, wieweit man bei den Partnerschaften mit der Ukraine gekommen sei.

Zum Thema Gedenkfahrten: Er danke Frau Plonsker für den Rückenwind. Er habe sich mit Frau Feller verständigt, dass man an der Stelle die Bemühungen ausweiten wolle. Man müsse im Übrigen an den Schulen dafür werben, die Gedenkfahrten auch außerhalb Nordrhein-Westfalens wieder aufzunehmen. Das sei nach Corona noch nicht auf dem alten Niveau, weil es bei vielen noch die Zurückhaltung gebe, so wie früher an diese Orte gerade in Polen, aber auch woandershin zu fahren. Da wolle man versuchen, die Hemmschwelle zu senken.

Zu dem digitalen Vorgehen: Das sei kein Ersatz, das sei aber vielfach für die Vor- und Nachberatung in einer Schulklasse sehr hilfreich. Das werde man auch bei den Schulen sehen, mit denen man das jetzt entsprechend erprobe.

Zum Thema „Geflüchtete“: Die Situation sei nicht ganz vergleichbar. In Polen finde man sehr viel mehr diese familiären Bezüge, Verwandte oder zumindest Bekannte, als es in Deutschland der Fall sei. Da habe Polen eine sehr offene Politik gefahren. Bis auf ganz wenige Dinge seien die ukrainischen Nachbarn im Grunde genommen polnischen Staatsbürgern gleichgestellt, was den Zugang zum Arbeitsmarkt etc. angehe. Natürlich seien die Sozialleistungen niedriger, was dazu führe, dass die Quote derer, die arbeiten müssten, um sich dort zu versorgen, höher sei. Aber insgesamt finde er, dass die polnische Regierung an der Stelle – das gelte auch für die Nationalregierung und die Regionalregierungen, aber auch die Stadt Kattowitz – eine enorme Ausdauer

zeigen würden. Er habe auch mit dem Oberbürgermeister von Kattowitz gesprochen. Er habe den Eindruck, dass dieses Thema mit voller Überzeugung angegangen werde, dass es richtig sei, jetzt zu handeln. Was man verstärkter als hier mache, sei, dass man stärker auf internationale Großorganisationen zugreife, also das UNHCR und andere, die dort als Partner aktiv seien. Auch das Integrationscafé sei ein UNHCR-Projekt. Man greife sehr viel stärker auf diese Institution zurück, als man das in Deutschland tue.

Es sei schon wichtig, auch für die Polen, dass sie sähen, dass man diesen Einsatz auch anerkenne und unterstütze. Wenn die wirtschaftliche Lage schwieriger werde, dann kämen auch dort die zu erwartenden Konflikte. Das sei bisher nicht der Fall. In den Zahlen sei viel Bewegung. Viele Flüchtlinge blieben vorerst. Es sei auch die Prognose der Landesregierung, dass aufgrund des Grads der Zerstörung in der Ukraine an eine Rückkehr in Städte wie Charkiw oder Bachmut nicht denken sei, erst recht nicht mit Kindern. Insofern müsse man davon ausgehen, dass viele länger bleiben würden, selbst wenn sie zurückgehen wollten.

6 Digitale Kompetenzen: Wie helfen EU-Förderprogramme den Schülerinnen und Schülern in NRW? *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1309

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für den Bericht, der viele Fragezeichen enthalte. Das liege auch daran, dass er sich, wenn die Europäische Kommission das Europäische Jahr der Zukunftskompetenz ausrufe, etwas anderes darunter vorgestellt habe, welche Auswirkungen das habe. Dass man nach sechs Monaten noch nicht sagen könne, was daraus geworden sei, könne er verstehen. Aber tatsächlich müsse man sich schon die Frage stellen, wie man mit solchen Aufrufen umgehe. Denn vieles, was berichtet werde, gehe auf Projekte zurück, die teilweise aus dem Jahre 2021 stammten, teilweise auch neu seien aus dem Jahre 2023.

Nun wüsste er gerne, ob dieses ausgerufene „Europäische Jahr der Zukunftskompetenz“ mit einer Berufswahl-App für Schülerinnen und Schüler, die als Beispiel genannt worden sei, und mit dem Beispiel der CodingSchool in Mönchengladbach alles sei, was man dazu machen könnte. Im Moment rede man von ChatGPT und KI in der Schule, dass Klassenarbeiten von den Schülern gar nicht mehr selber geschrieben würden, sondern von Maschinen, sodass auch da ein Ansatzpunkt wäre, wie man mit solchen neuen Technologien umgehe. Man sei, so glaube er, in diesen Bereichen zu langsam. Die Technologie sei viel zu schnell für das politische Handeln.

Wenn man ein Jahr der Zukunftskompetenz ausrufe, dann müsste das eigentlich ein Jahr sein, um Schülerinnen und Schüler, bezogen auf die Bildung, entsprechend darauf vorzubereiten, welche Möglichkeiten es gebe und was da alles komme. Da hätten sich bei ihm Fragezeichen gestellt. Trotzdem danke er für den Bericht. Es stelle sich aber generell die Frage, wie man mit solchen Europäischen Jahren, die ausgerufen würden, wenn sie nicht mit Geld hinterlegt seien – so wie im vorliegenden Fall –, umgehe. Die Bundesregierung habe auch einen Aufruf gestartet. Da heiße es auf der entsprechenden Internetseite:

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Zukunftskompetenzen sollen verschiedene europäische und nationale Aktivitäten die Sichtbarkeit einer leistungsstarken Berufsbildung und einer aktiven Beschäftigungspolitik befördern. Das Europäische Jahr soll Beiträge zur Bewältigung des grünen und digitalen Wandels hervorheben.

Das höre sich gut an. Wenn er den Bericht dann lese, finde er dazu weniger. Das hänge sicherlich nicht mit der Landesregierung zusammen – dahinter stünden ja keine Gelder –, sondern eher müsse man sich hier die Frage stellen, wie man mit solchen ausgerufenen Jahren umgehe.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) hält fest, über dieses weitläufige Thema könnte man sehr lange sprechen. Er teile die Auffassung, dass es im speziell genannten Bereich wie der CodingSchool gar nicht genug Initiativen geben könne. Die Frage ChatGPT

sei aufgeworfen worden. Wenn er sich anschau, welche Fragestellungen man im europäischen Rahmen mühsam über Jahre verhandelt habe – wie Urheberrecht, Leistungsschutzrecht –, dann werde das nebenbei durch die Technologie ausgehebelt. Die Technologie gehe hinter die Paywall, greife sich die Informationen, ohne sie wiedererkennbar wiederzugeben, verwende sie trotzdem, dann setze das das ganze Leistungsschutzrecht und Urheberrecht auf den Kopf. Darauf habe man noch keine regulatorische Antwort, geschweige denn eine mit Blick auf das Bildungssystem. Insofern sei die CodingSchool in Mönchengladbach ein guter Anfang. Aber das dürfe nicht dazu führen, dass man sage, das sei jetzt alles.

Mit Blick auf die verschiedenen Europäischen Jahre sage er, es sei gut, dass es das gebe. Er sei vergangenen Freitag in der Europaschule in Bocholt gewesen, einer sehr engagierten Schule. Dort habe man ihm gesagt, man müsse diese Initiativen und Wettbewerbe und Projekte bündeln; es seien immer die Gleichen, die sich dafür bewerben würden. Mittlerweile laufe es sogar so, dass die Bezirksregierung auf die engagierten Schulen zugehe und frage, ob sie nicht auch noch Europaschule des Europäischen Parlamentes werden könnten. Sie seien schon eine des Landes und der Kommission. Dann gebe es irgendwann so viele Türschilder, dass man nicht mehr sehen könne, wie das Gymnasium eigentlich heiße.

Man müsse also schauen, dass man die Initiativen bündele und sinnvoll fokussiere. Das wäre auch besser, damit man in die Fläche komme. Ziel müsse es sein, dass sich auch eine Schule in Gelsenkirchen dafür bewerbe, Europaschule zu sein, als dass ein Gymnasium in einer ordentlichen Umgebung noch den 20. Titel einfahre. Er merke es immer dann, wenn er gefragt werde, ob er schon etwas vom Europäischen Jahr der Jugend, Europäischen Jahr der Skills usw. gehört habe. Er sei Europaminister und bekomme das auf den Tisch gelegt. Ob diejenigen draußen das auch alle mitbekämen, daran mache er ein Fragezeichen. Man müsse mit den Kolleginnen und Kollegen auf der europäischen- und der Bundesebene darüber sprechen, inwieweit es gelingen könne, eine stärkere Fokussierung in die Fläche und mehr Menschen zu erreichen, statt das nächste Label zu erfinden.

7 Digitale Bürgerrechte: EU-Kommission plant Aufbau einer Überwachungsstruktur *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1292

Dr. Werner Pfeil (FDP) hat keine Fragen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1292 zur Kenntnis.

8 Partnerschaften für regionale Innovation (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1308

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1308 zur Kenntnis.

9 Spitzenforschung: Mai-Sitzung der Taskforce für das Einstein-Teleskop
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1307

Dr. Werner Pfeil (FDP) betont, das Einstein-Teleskop beschäftige nicht nur NRW seit der letzten und in der jetzigen Legislaturperiode, sondern auch die Regierungen auf niederländischer, belgischer und deutscher Seite. Er frage, was es von deutscher Seite noch zu berichten geben.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) gibt an, die Bemühungen gingen weiter. Das habe einerseits eine Komponente in der Region hinein, wenn er an Aachen denke, wo es gegenläufige Bemühungen mit Blick auf die Verfügbarkeit entsprechender Flächen gebe. Daran arbeite man. Das andere sei die Kooperation mit Blick auf Sachsen. Er habe am Morgen noch mit dem sächsischen Kollegen dazu gesprochen. Die sächsische Landesregierung und die beiden Regierungsfaktionen seien in Brüssel, um da Gespräche zu führen. Er habe gefragt, ob die Gespräche im Sinne eines Miteinanders geführt würden, weil man ja an der Stelle versuchen wolle, die Kräfte zu bündeln. Man wolle das konstruktiv machen.

Er habe den gemeinsamen Ansatz schon einmal beschrieben, dass die Spiegel etwa in Sachsen produziert würden und hier zur Anwendung kämen. Das laufe parallel. Es sei eine mühevoll Arbeit. Nicht jede Sitzung der Taskforce führe direkt zu bahnbrechenden Ergebnissen. Wichtig sei, dass man die Dinge kleinarbeite. Wenn das Projekt konkret werden solle, sei das der notwendige Schritt. Politische Absichtserklärungen habe man bei dem Thema mittlerweile genug.

Er arbeite an dieser Stelle immer mit dem Antrag der vier demokratischen Fraktionen, der dazu beschlossen worden sei. Das sei hilfreich. Man müsse an der Stelle schauen, dass man dranbleibe. Deswegen habe auch die Taskforce gesagt, sie sei zwar die Arbeitsebene und arbeite die Dinge klein, aber es brauche auch in regelmäßigen Abständen die politische Ebene wie etwa den runden Tisch im vergangenen Dezember, damit es immer wieder Fixpunkte gebe, auf die hin das erarbeitet werde.

Das sei eine Erfahrung, die man auch aus anderen Prozessen gewonnen habe, etwa wenn er an den Bonn-Berlin-Prozess denke. Wenn man die Arbeitsebene irgendwann nur noch alleine laufen lasse, dann sei es schwierig für die Arbeitsebene, auf einen gewissen Fixpunkt hin Ergebnisse zu erzwingen, wie das gute Verhandlungen manchmal erforderten. Es sei Wunsch aus der Taskforce selber gewesen, dass es in regelmäßigen Abständen diese politischen Treffen gebe. Das werde man sicherlich wieder herbeiführen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) berichtet, in Aachen sei von Prof. Stahl berichtet worden, dass Italien mittlerweile den Standpunkt vertrete, kein Dreieck mehr bohren zu wollen, also

keine drei Rohre, sondern eine L-Form, weil Italien davon ausgehe, dass die L-Form günstiger sei als diese drei Röhren.

Die RWTH Aachen habe dazu mitgeteilt, dass man auch für die L-Form 1,5 Milliarden Euro benötige und sich die Situation dadurch nicht preiswerter gestalten würde, weswegen man davon ausgehe, dass Italien mit diesem Vorschlag einen leichten Rückzieher von dem Gesamtprojekt machen würde. Er frage, ob das auch die Wahrnehmung des Ministers sei. Dann würde es nur noch Süd-Limburg und unter Umständen Sachsen als mögliche Örtlichkeiten geben.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) meint, ein natürlicher Ausleseprozess wäre natürlich das Beste an der Stelle. Dann wäre der Wettbewerb sehr schnell beendet. Er befürchte, dass mit diesem Manöver aus Italien auch die Kosten gedrückt werden sollten und man deshalb versuche, die kostengünstigere Variante bereitzustellen. Da auch in der Europäischen Union die Mittel nicht sprudeln würden, könne das auch eine gewisse Attraktivität entfalten. Das müsse man zumindest aus seiner Sicht im Blick behalten.

Er habe es bisher so verstanden, dass es wissenschaftlich und auch aus anderen Gründen sinnvoller sei, an der Dreiecksform festzuhalten. Er habe das auch nur gehört und habe sich nicht vertieft damit befasst. Er glaube, je konkreter man in Süd-Limburg werde, desto mehr werde sich in Sardinien auch die Meinung einstellen, dass man es lieber bleibe lasse, und in Sachsen, dass man endgültig einschlage in die Kooperation, um überhaupt dabei zu sein. Es hänge an einem selbst an der Stelle. Er glaube, dass man gute Aussichten habe. Das hänge maßgeblich nicht von den Konkurrenten, sondern von einem selbst ab, ob man das schaffe.

10 Best-Practice-Beispiele der Euregio im grenzüberschreitenden Krisenmanagement *(Bericht beantragt von den Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1302

Romina Plonsker (CDU) bedankt sich für den Bericht zu den vielfältigen Projekten. Ein Projekt sei für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr gelobt worden, der Brand auf dem belgischen Teil des Venns. Vielleicht habe der Minister noch weitergehende Informationen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) meint, auch diese Frage beschäftige ihn. Denn in der Aachener Zeitung sei berichtet worden, dass, obwohl Pfingstmontag der Brand bekannt gewesen sei, von belgischer Seite erst Dienstagsabend die Löschhubschrauber angefordert worden seien. Er frage, ob es ein grenzüberschreitendes Katastrophenschutzszenario für den Fall eines Vegetationsbrandes in der Grenzregion gebe. Wenn so ein Waldbrand oder Vegetationsbrand in einem Naturschutzgebiet oder Nationalpark entstehe, müssten relativ schnell Löschhubschrauber angefordert werden.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) betont, der jüngste Vorfall zu Pfingsten sei eine Bestätigung dessen, was der Ausschuss zuletzt immer wieder diskutiert habe, dass es sinnvoll sei, die Zusammenarbeit mit Blick auf Katastrophenschutz und Krisenmanagement grenzüberschreitend zu organisieren.

Zum Sachverhalt: Das Feuer sei, nachdem es Pfingstmontag ausgebrochen sei, erst am Donnerstagabend, also am 1. Juni, final gelöscht worden. Es seien mehr als 150 ha Oberfläche verbrannt. Das trockene Gras sei wohl der Grund dafür gewesen, dass sich das Feuer so schnell habe ausbreiten können. Die belgische Stadt Lüttich habe nachbarschaftliche Unterstützung angefordert. Zuerst hätten Feuerwehrleute aus der Städteregion Aachen Unterstützung geleistet, später aus den Kreisen Düren, Euskirchen und Heinsberg. Am Ende rede man über einen Einsatz von über 200 Feuerwehrleuten aus Nordrhein-Westfalen auf belgischem Boden und zusätzlich den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus den Niederlanden. Diese nachbarschaftliche Hilfe sei die dringendste Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Er verweise auf die überörtliche Hilfe. Bei der Flutkatastrophe seien einzelne Feuerwehren überfordert gewesen. Dann sei aus dem Nachbarschaftskreis direkt geholfen worden. Das werde koordiniert durch die Bezirksregierungen. Das sei die erste Form der Unterstützung, weit bevor ein Land mit anderen Strukturen eingreife. Das seien erprobte Mechanismen. An der Stelle habe das Innenministerium die Zusammenarbeit als sehr gut bewertet. In der Region Aachen gebe es die Organisation EMRIC, einen Verband, der die Katastrophenschützer und Krisenmanager direkt miteinander verbinde.

Das Innenministerium sage, diese Zusammenarbeit sei vorbildlich. Er habe keinerlei Kritikpunkte gehört. Trotzdem wolle man den Einsatz gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln und den beteiligten Kreisen der Städteregion Aachen und den Kollegen auf der anderen Seite noch einmal auswerten. Diese Auswertung werde für Nordrhein-Westfalen gemacht, aber auch mit den Kollegen jenseits der Grenze, um zu schauen, inwieweit man besser werden könne.

Die Frage, wann diese Hilfe angefordert werde, sei entscheidend wie bei allen Krisenfällen. Häufig sei es oft das größte Problem, dass jemand vor Ort meine, er komme selber damit klar, weil er aus der Vogelperspektive vielleicht nicht den vollen Überblick habe. Ob das hier der Fall gewesen sei, könne er nicht sagen. Er wolle hier den Vorwurf nicht äußern, man hätte die Hilfe zu spät angefordert. Wenn es so sei, dass es erst Dienstagabend der Fall gewesen sei, was sich seiner Erkenntnis entziehe, wäre es in der Tat erstaunlich. Dazu könne er jetzt nichts Gesichertes sagen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) geht davon aus, dass die Löschung relativ schnell erfolgt sei. Die Belgier hätten den Löschhubschrauber früher oder zeitnah anfordern können. Wenn man das jetzt auf das deutsche Gebiet übertrage, das Hohe Venn sei betroffen, gleichzeitig liege der Nationalpark Eifel nicht weit entfernt. Das wäre eine ähnliche Situation, nämlich keine befahrbaren Wege. Wenn es im Nationalpark zu einem Brand komme, müsse das Meiste aus der Luft gelöscht werden. Da stelle sich wieder die Frage, ob grenzüberschreitende Hilfe schnell oder weniger schnell komme, wo der Brand lokalisiert werde.

Teilweise hätten die belgischen Kollegen im Hohen Venn mit Wasserschläuchen versucht, den Brand zu löschen. In einige Bereiche seien sie nicht hineingekommen. Deswegen sei der Löschhubschrauber zum Einsatz gekommen. Dieser wiederum habe das Problem, dass er den Bucket nicht in entsprechenden Gewässern habe füllen können. Dazu müsste zuerst eine Wasservorrichtung aufgebaut werden, in das Wasser hineinkomme, um den zu befüllen. Das sei alles so, dass er davon ausgehe, dass man für das Szenario eines Vegetationsbrandes keine optimale Lösung gefunden habe.

Natürlich könne man besser werden. Er erinnere an den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und Grünen zum Wald- und Vegetationsbrand, der sich auch für grenzüberschreitende Hilfsmaßnahmen ausgesprochen habe. Man müsse schauen, ob man die entsprechenden grenzüberschreitenden Szenarien habe, ob die Wege stimmen würden. EMRIC – das sei richtig – sei dafür geschaffen worden. Er wisse nicht, warum der Löschhubschrauber erst Dienstag in einem Naturschutzgebiet angekommen sei, bei dem feststehe, dass man nicht umfänglich mit Löschfahrzeugen an den Brandherd fahren könne.

Dr. Günther Bergmann (CDU) erinnert daran, wie schwierig es sei, eine kontinuierliche Zusammenarbeit hinzukriegen. Das liege daran, dass sich die Veiligheidsregios in Holland durch die kommunale Umstrukturierung fundamental geändert hätten. Das heiße, das System der Freiwilligen Feuerwehren, wie man es hier kenne, sei nicht mehr vorhanden. Er verweise auf die Kooperation der Stadt Kleve, dem Löschzug Rindern – das sei der nördlichste im Stadtgebiet –, mit Millingen aan de Rijn. Da sei man

auf einem Niveau, dass gefragt werde: Wenn die Niederländer zuerst hier löschen würden und wir Deutsche bei den Niederländern, wie das versicherungstechnisch geregelt sei. Die C-Rohre hätten nicht zusammengepasst. Das sei inzwischen geregelt. Das Technische sei eine Sache. Das andere sei, wie man es hinbekomme, institutionalisiere, dass diese Kooperationen auch gelebt werden könnten.

Das habe man bei den Deichen anders geregelt, den zwei grenzüberschreitenden Deichringen 42 und 48. Da klappe es wunderbar. Es werde regelmäßig geübt. Bei den Feuerwehren sei das ein riesiges Problem. Gesehen habe man das unter anderem – das sei der Auslöser –, bei dem Brand im Südkreis Kleve, Herongen, Straelen, dann rüber auf die Venloer Seite. Daraus resultierend habe man am Regionalflughafen Weeze dieses Feuerwehrcamp aufgebaut, wo genau so etwas geübt werde. Übrigens werde dort auch die Entnahme von Wasser in Buckets geprobt. Das müsse regelmäßig gemacht werden. Wenn im Grenzbereich eine Sondersituation komme, dann würden alle aufgescheucht reagieren. Wenn man etwas in ganz normalen Strukturen arbeite, sei das viel besser. Das erlebe man beim Deich, weil da die Verantwortlichen genau wüssten, welche Schritte sie machen müssten.

Das Pendant in dem Denken auf der niederländischen und auf der belgischen Seite sei das Problem. Die Feuerwehren auf der niederländischen Seite im freiwilligen Bereich seien ein großes Problem. Das werde auch beim Rettungswesen demnächst der Fall sein. Da müsse man vielleicht noch einmal anders denken, nicht nur aus deutscher Sicht auf das Problem zugehen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) kommt auf das Einüben zurück. Man müsse sich insgesamt daran gewöhnen, dass man bei viele Szenarien, die über Jahrzehnte in Vergessenheit geraten seien, wieder stärker in den Modus kommen müsse, dass man das einübe. Das koste auch Geld. Einige würden sagen, das Üben sei kein Problem. Die Menschen sollten das in ihrer Freizeit machen. Das werde auch Geld kosten, das werde notwendig sein. Er habe am Vorabend auf einer Tagung des Börsenspiegels zum Thema „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“ in Düsseldorf gesprochen. Da sei es genau das Gleiche. Bei Flächenereignissen müsse man häufig auf die Bundeswehr zurückgreifen, sei es im Rahmen der Amtshilfe oder weiterer zivilmilitärischer Zusammenarbeit. Auch da müsse eingeübt werden, welche Wege es gebe, was verfügbar sei, was machbar sei, was man brauche. Das müssten die betreffenden Akteure kennen. Sonst werde man das im Bedarfsfall nicht nutzen.

Mit Blick auf Corona und die Flut habe man mit Blick auf flächige Ereignisse und Zusammenarbeit mit der Bundeswehr vieles gelernt. Man sei aber noch nicht fertig damit, die Schlussfolgerung daraus für andere Ereignisse zu ziehen. Mit Blick auf das, was der Klimawandel beschere, müsse man davon ausgehen, dass diese Flächenereignisse eher mehr als weniger würden.

11 Wie will die Landesregierung die EU-Vorgaben auf dem Weg zur Klimaneutralität in den nächsten sieben Jahren in NRW umsetzen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1303

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den Bericht. Unter Punkt 1 werde über den Besuch von Ministerin Gorißen in Brüssel gesprochen. Sie wüsste gerne, mit wem die Ministerin dort gesprochen habe und mit welchem Ergebnis sie herausgegangen sei. Dann wüsste sie gerne, wann mit der Datengrundlage der Landeswaldinventur gerechnet werde. Wenn die CO₂-Bindungsfähigkeit des Waldes aufgrund der Probleme in den Wäldern abnehme, dann sei die Frage, welche Konsequenzen das für die gesamten CO₂-Einsparziele bis 2030 habe. Sie frage die Landesregierung, wie sie die Wahrscheinlichkeit einschätze, dass die EU-weiten CO₂-Einsparziele bis 2030 noch einmal nach oben korrigiert werden müssten.

Der Minister habe Anfang der Legislaturperiode dargestellt, was man sich vorgenommen habe. Da sei von einem zeitnahen Gespräch mit allen Europaabgeordneten die Rede gewesen. Sie frage, ob das schon stattgefunden habe.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) möchte die letzte Frage selber beantworten und die Kolleginnen und Kollegen aus den betroffenen Fachressorts bitten, die anderen Fragen zu beantworten.

Ein Gespräch mit allen Europaabgeordneten habe noch nicht stattgefunden. Mit Blick auf den Strukturwandel und die Erfordernisse dort habe er sich auf die Bundestagsabgeordneten parteiübergreifend konzentriert. Er habe das bisher nur punktuell gemacht, etwa beim Medienfreiheitsgesetz mit Frau Kammerevert und Frau Verheyen, habe sich aber noch nicht zu einem generellen Austausch getroffen. Morgen werde er den ganzen Tag in Brüssel sein und Gespräche führen, auch mit Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament, auch mit Leitenden Mitarbeitern aus der Kommission. Da sei ein solches Treffen noch nicht vorgesehen.

RD Dr. Thorsten Mrosek (MLV) gibt an, zu dem Termin von Ministerin Gorißen in Brüssel könne er jetzt nichts sagen.

Mit der neuen Landeswaldinventur sei gegen Ende 2024 zu rechnen. Derzeit gebe es noch Abstimmungen zwischen der Bundes-Länder-Arbeitsgruppe und dem BML, ob das Ende 2024 der Fall sein werde oder gegebenenfalls später. Man rechne derzeit mit Ende 2024.

Was das Potenzial der Wälder, der Waldbewirtschaftung, die Holzverwertung angehe, inwieweit die Kohlenstoffbindung zur Einsparung beitrage, da sei die Beantwortung schwierig. Die grundsätzlichen Ansätze seien im Bericht dargelegt, dass eine Speicherreduktion, eine Kompensation geleistet werden könne im Waldspeicher, in ober- und unterirdischer Baumbiomasse, Totholz und auch in Waldböden. Eine wichtige Rolle

nehme auch die Substitutionsleistung ein, vor allem in der Bindung von langfristig genutzten Holzprodukten, schließlich auch der Substitutionseffekt, dass durch die Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz fossile Rohstoffmaterialien und Energieträger kompensiert werden könnten und entsprechende Emissionen vermindert oder vermieden werden könnten.

Allerdings – das stehe auch in dem Bericht – sähen der Bund als auch das Land Nordrhein-Westfalen unter anderem aufgrund einer Darstellung des Bundesumweltamtes Risiken, die sich aus dem Klimawandel ergeben könnten. Bisher habe der Wald einen positiven Beitrag geleistet, als Senkel fungiert. Angesichts der großen Waldschäden, die man seit 2018 zu verzeichnen habe, insbesondere in der Fichte, die besonders wichtig sei aufgrund ihres Anteils an den Baumarten, aber auch bezüglich des Anteils an Holzvorrat und des Zuwachses, sei zu befürchten, dass dem Wald bei fortschreitendem Klimawandel zumindest zeitweise auch eine Quellenfunktion zukommen könne.

Seitens der Landesregierung, speziell des LMV und der Landesforstverwaltung, richte man alle Anstrengungen darauf aus, die Wälder klimastabil zu entwickeln und die Kalamitätsflächen so wieder zu bewalden, dass die Waldfläche gesichert sei, Wälder vital bestehen könnten, um auch ihre vielfältigen Funktionen zukünftig dauerhaft erbringen zu können, inklusive des Klimaschutzbeitrags.

Inge Blask (SPD) stellt heraus, die SPD-Fraktion habe schon einmal nach dem Klimasozialfonds gefragt. Da habe Minister Liminski gesagt, dass man davon eigentlich nicht profitieren würde. Sie frage, ob das jetzt anders sei, ob es Veränderungen gegeben habe, dass das Land doch vom Klimasozialfonds profitieren könne. Sie frage, wie es gelingen könne, dass das Geld dort auch bei den Menschen lande, die die Unterstützung bräuchten.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) kann sich nicht daran erinnern, dass er gesagt hätte, dass das Land definitiv gar nicht davon profitieren würde. Er habe gesagt, dass NRW nicht im Fokus mit Blick auf die besseren Umstände in Deutschland stehe. Er könne heute sagen, dass Deutschland mit bis zu 8 % der Mittel an dem Klimasozialfonds teilhaben werde. Man werde natürlich darauf achten, dass diese Mittel auch tatsächlich bei denen ankämen, die den größten Bedarf hätten.

Inge Blask (SPD) bittet, mit Blick auf die Energieeffizienzrichtlinie darzulegen, woran es im Rat hake, ob es sich nur um Frankreich handele, wie da die Konfliktlinien verliefen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) erklärt, er verfolge sehr Vieles, was in Brüssel stattfindet, habe auch das Thema für morgen auf seinem Zettel, könne aber nicht die genaue Frontenbildung im Rat dazu erläutern. Er glaube, dass die Energieeffizienzrichtlinie eine gewaltige Herausforderung für den öffentlichen Bereich werde. Es seien sich nicht alle im Klaren darüber, was es bedeute, wenn Standards eingehalten werden müssten.

Nach dem, wie die Richtlinie ausgestaltet sei, werde man davon nicht profitieren, wenn man vorher schon besonders fleißig gewesen sei. So sei die Richtlinie ausgestaltet. Im Gegenteil werde damit ein höheres Ambitionslevel festgeschrieben. Die Grenzkosten, wenn man in den Bereich komme, würden größer bei geringerem Fortschritt. Das sei politisch nicht unbedingt so leicht vermittelbar wie vielleicht die großen Fortschritte mit weniger Einsatz von Finanzmitteln. Das sei das, was ihn da besorge. Mit Blick auf die konkreten Frontenstellungen zwischen den Mitgliedstaaten könne er jetzt nichts sagen, aber sicherlich beim nächsten Mal, wenn er sich morgen darüber ausgetauscht habe.

12 Was sind die konkreten Ergebnisse der Reise von Ministerin Neubaur nach Belgien und den Niederlande? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1322

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1322 zur Kenntnis.

13 Partnerschaftsvereinbarungen zwischen NRW und ausländischen Staaten
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1304

Sonja Bongers (SPD) kann sich leider für den übersandten Bericht nicht bedanken. Sie vermute, dass es sich insgesamt nur um ein Missverständnis handle, das man vielleicht in der Sitzung aufklären könne. Absicht sei es gewesen, die aktuellen Partnerschaftsvereinbarungen zwischen NRW und ausländischen Staaten lesen zu können. Jetzt werde in dem Bericht begründet, aufgrund der PIV sei dies nicht möglich. Sie bitte, das genau zu begründen, weil sie eine Diskrepanz sehe zu den Auskunftsrechten der Parlamentarier. Nun sei bekannt, dass anderen Institutionen und anderen Akteuren, die im Land unterwegs seien, diese konkreten Verträge schriftlich vorlägen. Sie frage, warum das der Ausschuss nicht bekomme.

Sie komme aus dem Justizbereich und könne sich vorstellen, dass das vielleicht besonders sensible Dinge seien. Unter Umständen könnte man das ja in einem nichtöffentlichen Teil oder in einem vertraulichen Teil bekanntgeben. Sie wünsche sich da keine Wortklauberei im Sinne von kurzen Begründungen, „aufgrund der PIV sei das nicht möglich“, sondern eine Begründung. Natürlich würde sie gerne die entsprechenden Vereinbarungen auch einmal hören oder lesen können.

Inge Blask (SPD) verweist darauf, dass der Letter of Intent der Wirtschaftsministerin an der Stelle auch veröffentlicht worden sei.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) erinnert daran, dass die Staatskanzlei ausführlich über die Partnerschaften im Ausschuss berichte und das auch sehr gerne tue. Es sei bislang nicht üblich, dass die Landesregierung – das gelte auch für vorhergehende Landesregierungen – die konkreten Partnerschafts- und Kooperationsvereinbarungen dem Landtag in Wortlaut vorlege. Auch die Parlamentsinformationsvereinbarung – das sei der Sinn der Aussage – sehe das nicht vor.

Es sei das Eine, ob man heute mit einem Partner verhandele wie bei dem Letter of Intent und sage, man werde den am Ende veröffentlichen, dann könne man das tun. Das andere sei aber, ob man das rückwirkend über Dinge, die damals verhandelt worden seien, wo das nicht besprochen sei, einfach tue.

Da er kein Interesse an großer Geheimniskrämerei in dem Bereich habe – er müsse nur Rechte Dritter achten –, wolle er den Vorschlag aufnehmen, dass man den Mitgliedern des Ausschusses die verschiedenen internationalen Vereinbarungen der Staatskanzlei mit ausländischen Staaten und Regionen in einem dafür geeigneten Rahmen im wahrsten Sinne des Wortes zugänglich mache, dass sie da Einsicht nehmen könnten. Das mache er sehr gerne. Er schlage vor, dass man zusammen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses einen Termin dazu vereinbare.

Sonja Bongers (SPD) bedankt sich.

Vorsitzender Stefan Engstfeld möchte das weitere Verfahren noch einmal in der Ob-
leuterunde besprechen.

14 Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen, um ihre entwicklungs- und migrationspolitischen Bestrebungen zur Unterstützung von Jesidinnen und Jesiden im Nordirak umzusetzen und somit ihrer globalen humanitären Verantwortung für besonders schutzbedürftige Personen gerecht zu werden? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1305 – Neudruck

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den Bericht. Sie frage, wie konkret der Austausch mit dem Bund und insbesondere mit Baden-Württemberg sei und welche konkreten Schritte Nordrhein-Westfalen bisher unternommen habe, ob es ein Landesaufnahme-programm gebe, so etwas zu initiieren.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) merkt an, das Thema sei extrem bedrückend. Da seien sich alle einig. Es sei völlig klar, dass Deutschland an der Stelle Wort halten müsse. Der Bundestag habe hierzu weitgehende Beschlüsse gefasst, die auch eine gewisse Erwartungshaltung in der Region geschaffen hätten. Nordrhein-Westfalen wolle gerne dabei helfen, dass diesen Worten auch Taten folgen würden.

Im letzten Jahr sei ein erstes Projekt im Nordirak finanziell unterstützt worden, das besonders die vulnerable Gruppe der Frauen, der Jesidinnen in den Blick nehme. Man werde das in diesem Jahr trotz knapper werdender Haushaltsmittel noch einmal tun. Insgesamt sei man dabei, die begrenzten Mittel bewusst einzusetzen. Klar sei, mit den überschaubaren Mitteln des Etats für solche Dinge aus dem Landeshaushalt werde man diese Situation nicht abstellen können. Das Thema nehme leider an Dynamik zu.

Wenn man sich die beispiellose Hetzkampagne gegen Jesidinnen in den sozialen Medien seit Ende April anschauere, dann werde klar, dass das die schwierige Situation dieser vulnerablen Gruppe noch einmal mehr erschwere.

Es gebe zwar auch erfreuliche Ereignisse, etwa die Befreiung von sechs Frauen am vergangenen Samstag. Das seien leider immer nur Einzelmeldungen. Insofern wolle das Land seinen Teil dazu beitragen. Am Ende werde es sich in ein Gesamtkonzept einfügen müssen, das der Bund an der Stelle koordinieren müsse.

MR Tilmann-Moritz Wehinger (MKJFGFI) verweist darauf, es sei ein komplexer Prozess, das Landesaufnahme-programm zu installieren. Da gelte es, viele Akteure mit einzubinden. Aktuell stehe man am Anfang dieses Prozesses. – Das als Ergänzung zu den Ausführungen des Ministers.

15 Wie plant die Landesregierung das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023 in NRW umzusetzen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1306

Sonja Bongers (SPD) bedankt sich für den Bericht. In dem Bericht sei zu lesen, welche Aktivitäten der AdR wahrgenommen habe. Sie frage, welche Maßnahmen das Land insgesamt zur Umsetzung des Europäischen Jahres der Kompetenzen in NRW plane.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) verweist auf den Akzent, den der Arbeitsminister Karl-Josef Laumann setze. Es gebe große Potenziale durch die Fachkräfteoffensive, die mit dem Jahr der Kompetenzen zusammengebracht werde. Aus anderen Kontexten sei bekannt, dass im Mai eine entsprechende Strategie auf den Weg gebracht worden sei. Ziel sei es, Menschen aus Drittstaaten anzuwerben. Das sei natürlich nicht alles, was das Europäische Jahr der Kompetenzen ausmache, es sei aber ein Aspekt. Man werde an der Stelle Verwaltungsverfahren optimieren müssen. Das gelte sowohl für die Anwerbung aus Drittstaaten als auch für das interne Miteinander. Gerade im europäischen Miteinander staune man manchmal, welche Hürden es bei der Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen der europäischen Mitgliedstaaten untereinander gebe. Das betreffe auch die unmittelbaren Nachbarn.

Man habe gemeinsam mit dem Bund vor, die Internetplattform „Anerkennung in Deutschland“ mit dem Wirtschafts-Service-Portal.NRW zu verzahnen, um die Antragstellung auch aus dem europäischen Ausland zu erleichtern. Die Strukturen zwischen den Ressorts würden verstärkt. Das habe man bisher an der Stelle in die Wege geleitet.

RB'e Dr. Petra Reuter (MAGS) führt aus, das Europäische Jahr der Kompetenzen orientiere sich an vier Schwerpunktthemen, einmal der Förderung von Investitionen in Aus- und Weiterbildung, Gewährleistung von arbeitsmarktlichen Kompetenzen, der Abstimmung der Ziele und Wünsche der Kompetenzen mit den Bürgern auf dem angebotenen Arbeitsmarkt, letztendlich auch der Anwerbung von Drittstaatlern. All das seien gemeinsame Ziele, die man in der Fachkräfteoffensive NRW verfolge.

NRW wolle das Bildungsland Nr. 1 werden. Diese Strategie verfolge das MAGS. Dazu gehörten auch die Anwerbung von Fachkräften und auch die Anerkennung der Berufsabschlüsse ausländischer Fachkräfte.

Die Verbesserung der Berufsanerkennung sei dabei ein wesentlicher Punkt, auch im Bereich der Strategie des Hauses. Man werde eine IMAG einrichten. Über diese Interministerielle Arbeitsgruppe würden alle betroffenen Ressorts einbezogen. Die Berufsanerkennung ziehe sich durch alle Häuser des Landes. Berufsanerkennung folge der berufsfachlichen Zuständigkeit. Das heiße, für die Lehrer sei das MSB zuständig, für die sozialen Berufe das MKJFGFI und für die Gesundheitsberufe das MAGS.

Man sei sehr daran interessiert, die Berufsanerkennung nach vorne zu bringen, sie zu verschlanken, zu vereinheitlichen. Es gebe das Ziel zu zentralisieren, da wo es Sinn

made, bei den antragstarken Berufen die Verfahren zu digitalisieren. Es vollzogen sich große Schritte im Bereich des Online-Zugangs. Bis Ende des Jahres werde es für alle Berufe die Möglichkeit der elektronischen Antragstellung auf Berufsanerkennung geben. Auch Fachverfahren gehörten dazu, die Nutzung von landesrechtlich geregelten Kompetenzen.

Es gebe Berufe, die seien im Landesrecht, andere seien im Bundesrecht. Da müssten alle Register gezogen werden, um die Gesetze entsprechend konform und einheitlich zu gestalten. Mehr Informationen für Personen, Anwerbestruckturen müssten eingerichtet werden – all das sei ein Thema, das sich die Fachkräfteoffensive in NRW auf die Fahne geschrieben habe und intensiv verfolge. – So weit aus dem MAGS.

LMR Dr. Hans-Peter Zils (MKW) betont, das Nordrhein-Westfälische Hochschulgesetz habe die Lissabon-Konferenz umgesetzt. Das biete die Möglichkeit, dass Personen aus dem benachbarten Ausland und aus NRW gleichbehandelt würden.

MR'in Isabelle Defort (MSB) verweist auf die Kooperationen mit den Benelux-Ländern, in denen geregelt werde, wie in einem anderen Land der Schulabschluss aus NRW anerkannt werde. Das sei geregelt über das Schulgesetz, die Schulleitungen entschieden selber. In diesem Fall gebe es sogenannte Äquivalenzlisten, sodass Schulanschlüsse und Übergänge geregelt seien.

Auch das MSB sei Teil der IMAG. Da gehe es darum, wie ausländische Bildungsabschlüsse schneller anerkannt werden könnten. Da gebe es unterschiedliche Zuständigkeiten. Die Bezirksregierung Köln sei für die Anerkennung im Sekundarstufen-I-Bereich zuständig. Das gehe über Gutachten der zentralen Stelle für ausländische Bildungsnachweise, dem Sekretariat der KMK.

Für den Bereich der Hochschulzugänge sei es klarer geregelt, da gebe es die Plattform ANABIN. Da könne man schauen, was man mit dem Bildungsabschluss in Deutschland machen könne, wie er gewichtet werde. Nichtsdestotrotz müsse der Bildungsabschluss von der Bezirksregierung Düsseldorf anerkannt werden. Da sei man in Gesprächen, wie man das Verfahren vereinfachen, adressatenfreundlicher, mehrsprachig anlegen könne, wie man es auch schneller machen könne.

Sonja Bongers (SPD) kommt auf das Wort „schneller machen“ zurück. Sie frage, mit welcher Zeitschiene gerechnet werde, dass es zu spürbaren Verbesserungen im Bereich der Anerkennung komme.

MR'in Isabelle Defort (MSB) antwortet, sie könne keine Zeiten nennen. Das hänge von vielen Faktoren ab. Grundsätzlich stimme sie der Aussage zu, das müsse schneller gehen. Vieles hänge davon ab, dass man mehr Vereinfachung in der Sprache brauche, um die Anträge besser bearbeiten zu können. Vielfach hänge es damit zusammen, dass die Kommunikation nicht klappe und Dinge nachgereicht werden müssten, dass nicht richtig priorisiert werden könne, weil Dinge fehlen würden, weil es komplexe Sachen seien.

Ein Beispiel: Es gebe Überlegungen, von beglaubigten Kopien abzuweichen. Das biete Gefahren, sei aber auch eine Möglichkeit, das Ganze online schneller durchführen zu können. Man müsse keine Beglaubigung mehr erstellen lassen, man müsse nicht erklären, was eine Beglaubigung sei, wo man die machen könne. Das wäre ein großer Schritt, um das Ganze zu vereinfachen und zu dynamisieren.

Es gebe Merkblätter, die in mehreren Sprachen verfasst seien, die erklären würden, wie man einen Antrag stelle, was man alles einreichen müsse. Da gebe es Checklisten. Das seien Dinge, die die Seite des Antragstellers betreffen. Da müsse man die Beratung in den Blick nehmen.

Auf der anderen Seite nehme man in den Blick, wie man besser priorisieren könne. Beim Antrag könne man angeben, ob man das für einen Beruf oder für eine andere Weiterverwendung brauche, ob es einen bestimmten Anschlussstermin gebe. Das führe auch zu einer Priorisierung, damit man die Anschlusstermine halten könne. Einen konkreten zeitlichen Rahmen könne sie nicht nennen.

RB'e Dr. Petra Reuter (MAGS) gibt an, die Verfahren seien deutlich beschleunigt worden. Das MAGS habe den größten Anteil bei der Anerkennung der Berufe. Von den 10.000 Verfahren in NRW im Jahre 2021 hätten 70 % das MAGS betroffen. Die Gesundheitsberufe nähmen die größten Raum ein. Im Pflegebereich gebe es massiven Druck.

Das Personal der zuständigen Stellen sei verdreifacht worden, weil es einen starken Zustrom an Anträgen gebe. Es sei digitalisiert worden. Das werde in diesem Jahr abgeschlossen sein. Es sei ein langwieriges Verfahren gewesen. Mit der Bezirksregierung sei konstruktiv an den Bundesgesetzen gearbeitet worden. Die Beglaubigung sei zum 15.05. abgeschafft worden, was den Menschen Erleichterung schaffe. Die Übersetzungen blieben. Das sei auch eine Kostenersparnis. Letztendlich seien die Verfahren beschleunigt worden in der Art und Weise, dass man sich die Defizite angeguckt habe. Alle Register seien gezogen worden, die das Gesetz ermöglichten. Wenn man in der deutschen Ausbildung 20 % fehlen dürfe, dann lege man jetzt bei der Defizitfeststellung bei den ausländischen Abschlüssen auch nur 80 % dessen an, was man erbringen müsse. Das reduziere die Defizite und mache das Verfahren schneller.

Dr. Günther Bergmann (CDU) freut sich darüber, dass das Thema noch einmal so intensiv beleuchtet werde. Er wolle auf die Unterschiedlichkeit der Beleuchtung hinweisen. Immer wenn er von Menschen mit Migrationshintergrund spreche, habe er folgenden Punkt: Der Kreis Kleve habe 5 % niederländische Staatsangehörige ohne Migrationshintergrund. Sie kämen mit Abschlüssen nach NRW oder würden weiter arbeiten. Das seien 15.000 Menschen, die in NRW lebten, weiterhin in Holland tätig seien.

Von den Universitäten in den Niederlanden würden jedes Jahr die gleichen Zeugnisse ausgestellt. Die Betroffenen kämen in die Bezirksregierung und würden darum bitten, das anzuerkennen. Alle müssten Übersetzungen bezahlen. Das sei jetzt optimiert worden. Aber das sei etwas anderes, als wenn man mit einem Anerkennungsteil aus einem weit entfernten Land komme, was nicht standardisiert abgearbeitet werden könne.

An der Grenze oder im Westen Nordrhein-Westfalens – viele Leute würden nach Venlo oder Nijmegen oder Arnheim zu den Universitäten pendeln – mache das einen großen Punkt aus.

Nun schaue man immer mit der deutschen Brille auf diese Sachen. Wenn in einem vorherigen Tagesordnungspunkt über die Bedeutung der niederländischen Sprache im Grenzgebiet gesprochen werde, man aber gleichzeitig den niederländischen Lehrern eine Tätigkeit hier nicht ermögliche, weil niederländische Lehrer nur ein Lehramtsfach hätten – nach deutscher Regel müssten zwei Fächer vorhanden sein –, dann Sorge das für Unmut. Da bleibe nur der Seiteneinstieg übrig. Es komme richtig gut, wenn man niederländischen Lehrern nach 20 oder 25 Jahren sage, sie dürften in Deutschland arbeiten, aber nur als Seiteneinsteiger. Das dauere ein bisschen. Dann werde man die pädagogische Eignung auch anerkennen.

Wenn man das anders handhaben würde, wenn man eine Ausnahmegenehmigung machen würde, hätte man das erste Problem, das man in einem vorherigen Tagesordnungspunkt besprochen habe, nicht in dieser breiten Form. Zweitens würde man auch psychologisch den Niederländern gegenüber deutlich positiver auftreten. Er finde es sehr schön, dass er die Gelegenheit habe, das in diesem Zusammenhang noch einmal zu erwähnen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) stimmt Kollegen Bergmann zu. Das betreffe auch den Aachener Bereich, die gesamte Grenzregion. Auch in seiner Region gebe es das Problem in Bezug auf Anerkennung. In der letzten Legislaturperiode habe man schon viele Sachen geändert, den Bezirksregierungen seien die speziellen Bereiche zugewiesen worden. Möglicherweise gehe es jetzt schneller. Er denke, man müsse generell bei dem Thema umdenken.

Hier sei der Ausschuss für Europa und Internationales. Da gehöre es so eigentlich nicht hin. Eigentlich müsste man insgesamt an das System der Berufsankennung ran. Sonst laufe die Zeit davon, und die Berufswilligen, die aus dem Ausland kämen oder hier den Antrag stellen wollten, seien hinterher wieder weg, weil manches zu lang dauere.

16 Verschiedenes

a) **Beschluss über die auswärtige Sitzung am 18. August 2023**

Vorsitzender Stefan Engstfeld teilt mit, am 18. August 2023 sei eine auswärtige Sitzung in Bonn geplant im Nachfolgeinstitut des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, IDOS – German Institute of Development and Sustainability –, Im Tulpenfeld. Der Ausschuss wolle in Fraktionsstärke abstimmen. – Der Ausschuss ist einverstanden.

b) **Auswärtige Sitzung am 7. September 2023 in Brüssel**

Vorsitzender Stefan Engstfeld merkt an, die Abstimmungen sollten in Fraktionsstärke vorgenommen werden. – Der Ausschuss ist einverstanden.

c) **Auswärtige Sitzung am 20. Februar 2024 in Brüssel**

Vorsitzender Stefan Engstfeld verweist auf die Reise nach Brüssel, um das Flämische Parlament zu besuchen. Die An- und Abreise erfolge mit dem Bus von Düsseldorf nach Brüssel. Eine Übernachtung sei nicht geplant. – Der Ausschuss stimmt dem zu.

d) **Terminplanung für das Jahr 2024 (s. Anlage 7)**

Der Ausschuss beschließt den Terminplan 2024.

e) **Europachecks**

Inge Blask (SPD) fragt, ob es beim Thema „Europachecks“ neue Förderbedingungen gebe, wann es losgehe.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) merkt an, was die Operationalisierung angehe, habe man eine Bezirksregierung identifiziert, mit der alles vorbesprochen werde. Man sei schon sehr weit. Er schlage vor, dass er den Obleuten zeitnah ein Infopaket zukommen lasse. Es werde versucht, die Zielgruppen möglichst schnell zu erreichen, für die auch der Haushaltsgesetzgeber das Geld zur Verfügung gestellt habe.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

7 Anlagen

25.07.2023/02.08.2023

Dr. Werner Pfeil MdLVorsitzender des Rechtsaus-
schussesSprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Europa und Inter-
nationalesAusschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

11. Mai 2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Aus-
schusses für Europa und Internationales am 06. Juni 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Be-
richts der Landesregierung zu nachstehendem Thema:„Digitale Kompetenzen: Wie helfen EU Förderprogramme den Schüle-
rinnen und Schülern in NRW?“Die EU hat das "Europäische Jahr der Zukunftskompetenzen" für 2023 ausge-
rufen. Bis 2023 sollen zukunftsfähige Aus- und Weiterbildungsangebote im di-
gitalen Bereich gefördert werden. Bis 2030 sollen mindestens 80 Prozent der
europäischen Bevölkerung Grundwissen in digitalen Kompetenzen erworben
haben.Die Europäische Union versucht durch Förderprogramme und Initiativen den
Kompetenzerwerb der Bevölkerung zu verbessern.¹

- Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ist das wichtigste Instru-
ment der EU für Investitionen in Menschen mit einem Budget von über
99 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2027.
- Die Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützt Reformen und Investiti-
onen der Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich Beschäftigung
und Kompetenzen.

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

werner.pfeil@landtag.nrw.dewww.wpfeil.defacebook.com/WernerPfeilinstagram.com/wernerpfeil_nrw¹ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=10431&>

- Das Programm Digitales Europa fördert die Entwicklung von fortgeschrittenen digitalen Kompetenzen mit einem Budget von 580 Mio. EUR.
- Horizont Europa stärkt die Kompetenzen von Forschern, Unternehmern und Erfindern insbesondere durch die Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen, den Europäischen Innovationsrat und das Europäische Technologieinstitut.
- Das Programm Erasmus+ unterstützt die persönliche und berufliche Entwicklung von Lernenden und Bediensteten sowie Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung durch die Finanzierung von Mobilitätsaktivitäten und Partnerschaften für europaweite Zusammenarbeit.

Deutschland hat Nachholbedarf in der digitalen Bildung und IT-Grundkenntnissen – das haben internationale Vergleichsstudien ergeben. In digitalen Kompetenzen liegen deutsche Schülerinnen und Schüler nur im Mittelfeld. In der informatorischen Kompetenz („Computational Thinking“) schnitten sie sogar unterdurchschnittlich ab. Die Bildungspolitik und damit der Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler liegen in Deutschland im Zuständigkeitsbereich der Bundesländer.²

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche Auswirkungen hat das „Europäische Jahr der Zukunftskompetenz“ bislang auf die Bildungspolitik in NRW?
2. In welche Bereiche fließen aktuelle EU-Zuschüsse im Rahmen des „Europäische Jahr der Zukunftskompetenzen“?
3. Wird dadurch die Ausbildungs- und Bildungssituation in NRW nachhaltig verbessert?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil

² <https://www.euroakademie.de/magazin/2023-europaeisches-jahr-der-zukunftskompetenzen-deutschland-abgeschlagen/> und https://www.stifterverband.org/sites/default/files/informatikunterricht_deutschland_abgehaengt_in_europa.pdf

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP****Dr. Werner Pfeil MdL**
Vorsitzender des
RechtsausschussesSprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Europa und
InternationalesAusschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

11. Mai 2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen
Berichts der Landesregierung zu nachstehendem Thema:„Digitale Bürgerrechte: EU Kommission plant Aufbau einer
Überwachungsstruktur“Immer mehr Rechtsexpertinnen und -experten kritisieren die EU Kommission
für ihre Pläne, eine Chatkontrolle einzuführen. Jetzt hat selbst der Juristische
Dienst des Rates der Europäischen Union seine Bedenken geäußert.¹Die Kommission lasse einen zu großen Interpretationsspielraum. Das reiche
nicht um die Grundrechte angemessen zu schützen. Der Vorschlag stehe im
Widerspruch zu Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes: Demnach
müssten Vorgaben zur Überwachung klar und zielgerichtet formuliert
werden.²Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem
Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende
Fragen einzugehen:**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

werner.pfeil@landtag.nrw.dewww.wpfeil.de
facebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

¹<https://netzpolitik.org/2023/neues-rechtsgutachten-chatkontrolle-kommt-zunehmend-unter-druck/#:~:text=Neues%20Rechtsgutachten%20Chatkontrolle%20kommt%20zunehmen,d,perlt%20die%20Kritik%20bislang%20ab>.

²https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2023/05/2023-04-26_Council_Legal-Service_CSAR_8787_Agence-Europe.pdf



**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

1. Wie bewertet die Landesregierung das Vorhaben der EU Kommission, die Chatkontrolle einzuführen?
2. Wie nimmt die Landesregierung auf die Diskussionen in Brüssel und im Bundesrat Einfluss?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP****Dr. Werner Pfeil MdL**Vorsitzender des Rechtsaus-
schussesSprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Europa und Inter-
nationalesAusschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

11. Mai 2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Aus-
schusses für Europa und Internationales am 06. Juni 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Be-
richts der Landesregierung zu nachstehendem Thema:

„Partnerschaften für regionale Innovation“

Die EU-Kommission und der Ausschuss der Regionen haben vor einem Jahr
das Pilotprojekt "Partnerschaften für regionale Innovation" gestartet. Daran ha-
ben zahlreichen Regionen, Städte und Mitgliedsstaaten teilgenommen – da-
runter auch Nordrhein-Westfalen und fünf weitere Bundesländer.¹Ziel war es, die Koordinierung der regionalen, nationalen und EU-Innovati-
onspolitik zu verbessern sowie den ökologischen und digitalen Wandel in Eu-
ropa umzusetzen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten sich mitei-
nander vernetzten und bewährte Verfahren zur regionalen und nationalen In-
novationspolitik austauschen.Jede teilnehmende Region sollte die Kosten selber tragen, die mit ihrer Teil-
nahme an dem Pilotprojekt verbunden sind. Die voraussichtliche Dauer der
Pilotaktion betrug ein Jahr und endet in diesen Wochen.**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

werner.pfeil@landtag.nrw.dewww.wpfeil.de
facebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

¹https://germany.representation.ec.europa.eu/news/funf-bundeslander-nehmen-am-pilotprojekt-partnerschaften-fur-regionale-innovation-teil-2022-05-17_de



**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche konkreten Ergebnisse hat die Teilnahme von NRW am Pilotprojekt „Partnerschaften für regionale Innovation“ gebracht?
2. Welche Netzwerke und Partnerschaften wurden neu entwickelt?
3. Welche bewährten Netzwerke und Partnerschaften wurden gestärkt?
4. Wer ist Teil dieser Netzwerke oder Partnerschaften?
5. Mit wieviel Geld hat NRW im Rahmen des Pilotprojekts ausgegeben?
6. Welchen innovationsgetriebenen territorialen Wandel kann NRW aus der Pilotphase als Ergebnis mitnehmen?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP****Dr. Werner Pfeil MdL**
Vorsitzender des
RechtsausschussesSprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Europa und
InternationalesAusschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

12. Mai 2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen
Berichts der Landesregierung zu nachstehendem Thema:„Spitzenforschung: Mai-Sitzung der Taskforce für das Einstein-
Teleskop“Gemeinsam mit unseren Partnern in Belgien und den Niederlanden engagiert
sich Nordrhein-Westfalen für die Ansiedlung des Einstein-Teleskops in der
Euregio. Das Einstein-Teleskop wird als unterirdische Messstation in der Lage
sein, Gravitationswellen aus dem Weltraum zu untersuchen. Dadurch sollen
sich etwa schwarze Löcher besser erforschen lassen.Als möglicher Standort gilt das Dreiländereck Aachen-Lüttich-Maastricht. Das
Projekt gilt als einmalige Chance für alle Partner: Einerseits ist es Vorhaben
der Spitzenforschung von Weltrang. Andererseits werden dadurch zahlreiche
Arbeitsplätze in den drei Ländern entstehen. So lässt sich die Transformation
der ganzen Region vorantreiben.Die beteiligten Staaten haben eine gemeinsame Taskforce gegründet. Nach
ihrer konstituierenden Sitzung im März soll sie erstmals Mitte Mai
zusammentreffen. (Vorlage 18/1177, Seite 3)**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

werner.pfeil@landtag.nrw.dewww.wpfeil.de
facebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Was sind die Ergebnisse der Taskforce-Sitzung?
2. Wer war Teilnehmer der Sitzung?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil



Romina Plonsker MdL – CDU-Landtagsfraktion NRW
Berivan Aymaz MdL Grüne im Landtag NRW
Platz des Landtags 1 – 40221 Düsseldorf

Romina Plonsker MdL
Sprecherin für Europa und Internationales
der CDU-Landtagsfraktion

Berivan Aymaz MdL
Sprecherin für Europa und Internationales
der Grünen-Landtagsfraktion

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen wir folgenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 06. Juni 2023:

„Best-Practice Beispiele der Euregios im grenzüberschreitenden Krisenmanagement“:

Im Ausschuss für Europa und Internationales vom 03. Februar 2023 wurde im Zuge der Aussprache zum Bericht der Landesregierung zum grenzüberschreitenden Krisenmanagement während der Corona-Pandemie der Austausch von Best-Practices zu relevanten Katastrophenschutz-Projekten zwischen den Euregios thematisiert. Der Minister führte aus, dass ein Austausch mit den Euregios mit dem Schwerpunkt Katastrophenschutz und Krisenmanagement stattgefunden habe. Die CDU-Fraktion regte eine Abfrage bei den Euregios an, welche Best-Practice Beispiele es konkret vor Ort im grenzüberschreitenden Krisenmanagement gebe.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Austausch mit den Euregios und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche Rückmeldungen hat die Landesregierung von den Euregios zu Best-Practices im Katastrophenschutz erhalten?
2. Wie bewertet die Landesregierung diese Rückmeldungen bzw. welche Schlüsse zieht sie daraus?

3. Welche konkreten Schritte plant die Landesregierung darauf aufbauend zu unternehmen, um den grenzüberschreitenden Katastrophenschutz weiter zu verbessern und wie können die Euregios dabei eingebunden werden?

Mit freundlichen Grüßen



Romina Plonsker MdL



Berivan Aymaz MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510
E-Mail: inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de



24. Mai 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 6. Juni 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 6. Juni 2023:

**1. Wie will die Landesregierung die EU-Vorgaben auf dem Weg zur
Klimaneutralität in den nächsten sieben Jahren in NRW umsetzen?**

In der 1. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 23. September 2022 berichtete die Landesregierung unter TOP 4, wie sie die Interessen NRWs im Gesetzgebungsprozess des Fit-for-55-Gesetzpakets vertreten würde. Dazu hieß es, dass ein überparteilicher Austausch mit den Europaabgeordneten aus NRW zeitnah gesucht werden würde; auch auf der auswärtigen Kabinettsitzung in Brüssel im Oktober 2022 waren Gespräche dazu geplant. In Bezug auf Treibhausgasquellen und Kohlenstoffsenken im LULUCF-Sektor NRWs wollten Ministerin Gorißen und Minister Krischer in Brüssel für Landesangelegenheiten sensibilisieren. Seitdem ist viel passiert – so hat am 25. April 2023 auch der Rat den im Dezember 2022 erzielten Trilog-Einigungen der Schlüsseldossiers zugestimmt. Aus diesem Grund bitten wir erstens um ein Update der seit der letzten Ausschuss-Befassung unternommenen Gespräche bzw. Schritte der Interessensvertretung NRWs im Rahmen der Fit-for-55-Verhandlungen. Zweitens bitten wir um ein Update des entsprechenden Berichts unter Beantwortung der unten aufgeführten Aspekte.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- A. *Was ist das Ergebnis dieser Gespräche und gab es weitere Regierungsgespräche in Bezug auf die Ausgestaltung von Fit-for-55?*
- Wenn ja: Wer sprach wann mit wem zu welchen Themen, mit welchen Zielen und mit welchen Ergebnissen?
 - Haben diese Gespräche dazu geführt, dass sich die Ausgestaltung der Dossiers in ihrer Endfassung geändert haben?
 - Was haben Herr Krischer und Frau Gorißen in Brüssel erreicht, auch in Bezug auf die Quoten? Wie wird die Landesregierung in Zukunft die relevanten Daten erheben und mit welchen Maßnahmen will sie die Ziele der Treibhausneutralität im LULUCF-Sektor bis 2030 erreichen? Wie schätzt die Landesregierung das Potenzial des nordrheinwestfälischen Waldes ein, um den avisierten Nettoabbau von Treibhausgasen tatsächlich erbringen zu können?
- B. *Bitte aktualisieren bzw. vervollständigen Sie den Bericht „Wie vertritt die Landesregierung die Interessen Nordrhein-Westfalens im Gesetzgebungsprozess des Fit-for-55-Gesetzespakts?“ vom 20. September 2022 unter Berücksichtigung folgender Aspekte:*
- den Verhandlungsstand bzw. die Verhandlungsergebnisse je Dossier
 - die Ziele/Anforderungen des jeweiligen Gesetzes(vorschlags), die sich für die EU-Mitgliedsstaaten daraus ergeben
 - die Umsetzungserfordernisse für die EU-Mitgliedsstaaten bzw. NRW inklusive der dafür vorgesehenen Zeitschienen (bitte auflisten nach Bundes- und Landeskompentenz)
 - Wie plant die Landesregierung die Anforderungen, die in ihrer Kompetenz liegen, im Rahmen der vorgegebenen Zeit umzusetzen? Welchen Gestaltungsspielraum gibt es dabei?
 - die Nennung und Erläuterung NRW-spezifischer Interessen, Schwierigkeiten oder Besonderheiten
 - die geschätzten groben Kosten für die erforderlichen Anpassungen auf Landesebene bis 2030 und welche Akteure davon in welchem Umfang betroffen sein dürften (Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen/Branchen, öffentliche Einrichtungen usw.)
 - Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die Reformen auf dem Weg zur Klimaneutralität überwiegend auf soziale



Akzeptanz treffen, zumal NRW nicht von den Geldern des Klimasozialfonds profitieren dürfte?

- Gibt es Überlegungen, Strategien oder Konzepte, damit die Schere zwischen Arm und Reich in der nordrhein-westfälischen Gesellschaft durch die Transformationskosten nicht noch weiter auseinandergehen wird?

2. Was sind die konkreten Ergebnisse der Reise von Ministerin Neubaur nach Belgien und in die Niederlande?

Laut Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW vom 11. Mai 2023 ist Ministerin Neubaur mit einer Delegation hochrangiger IndustrievertreterInnen und Fachleute der Landesgesellschaften NRW.Energy4Climate und NRW.Global Business für zwei Tage nach Brüssel und Rotterdam gereist. Neben Gesprächen mit dem Hafen von Rotterdam, VertreterInnen der niederländischen Wirtschafts- und Infrastrukturministerien fand auch eine Diskussionsveranstaltung in Brüssel mit EU-KommissionsvertreterInnen sowie mit der belgischen Energieministerin Tinne Van der Straeten statt. Ergebnis war dabei u.a. eine Vertiefung der Zusammenarbeit beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und dem Infrastrukturaufbau in Form einer gemeinsamen Absichtserklärung.

- Was waren die inhaltlichen Kernpunkte und Ergebnisse der einzelnen Gespräche mit den jeweiligen GesprächspartnerInnen und welche konkreten Schritte wurden für die zukünftige Zusammenarbeit vereinbart?
- Bitte übersenden Sie uns den Wortlaut der gemeinsamen Absichtserklärung. Falls dies nicht öffentlich ist, bitten wir um eine vertrauliche Zusendung.

3. Partnerschaftvereinbarungen zwischen NRW und ausländischen Staaten

Im Bericht der Landesregierung zum „NRW-USA-Jahr“ für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales vom 3. Februar 2023 heißt es: „Partnerschaftserklärungen werden durch die Landesregierung nicht veröffentlicht.“ Es erfolgte keine weitere Begründung dafür von der Landesregierung und auch kein Angebot, diese den Ausschussmitgliedern vertraulich zukommen zu lassen.



In der Parlamentsinformationsvereinbarung heißt es in Abschnitt VI., Punkt 3. „Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, anderen Staaten, den Regionen sowie zwischen- und überstaatlichen Einrichtungen“:

„Die Landesregierung unterrichtet über die Schwerpunkte ihrer internationalen Arbeit, die der Auslandsarbeit der Staatskanzlei und aller Ministerien zu Grunde liegen. Die Staatskanzlei unterrichtet zudem in regelmäßigen Abständen über den Abschluss von Partnerschaften und Vereinbarungen oder Erklärungen mit ausländischen Staaten oder Regionen.“

Weiter heißt es unter Abschnitt VIII. zu den Grenzen der Unterrichtung:

„Die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung findet dort ihre Schranken, wo dies aus Rechtsgründen und/oder zwingenden Gründen der Vertraulichkeit von Verhandlungen geboten ist.“

Der Abschluss von Partnerschaftserklärungen mit ausländischen Staaten ist zweifelsohne von landespolitischer Bedeutung. Ohne Kenntnis der Inhalte dieser Vereinbarungen ist der Fachausschuss nicht in der Lage, die Arbeit der Regierung parlamentarisch adäquat zu bewerten und zu begleiten. Aus diesem Grunde bitten wir um die Zusendung aller aktuellen Partnerschaftsvereinbarungen zwischen NRW und ausländischen Staaten.

Sollte es der Landesregierung aus Rechtsgründen und/oder zwingenden Gründen der Vertraulichkeit von Verhandlungen nicht geboten erscheinen, den Wortlaut ihrer Partnerschaftserklärungen zu veröffentlichen, bitte ich um eine angemessene Begründung und im Namen meiner Fraktion um eine vertrauliche Zusendung der Dokumente.

Bitte geben Sie im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes, wie in der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales vom 3. Februar 2023 vereinbart, ein Update zum Programm des NRW-USA-Jahrs unter Bezugnahme auf den angesprochenen Austausch mit den Kommunen.



4. Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen, um ihre entwicklungs- und migrationspolitischen Bestrebungen zur Unterstützung von JesidInnen im Nordirak umzusetzen und somit ihrer globalen humanitären Verantwortung für besonders schutzbedürftige Personen gerecht zu werden?

Im Koalitionsvertrag verpflichtet sich die Landesregierung in Abstimmung mit dem Bund zur Umsetzung eines Landesaufnahmeprogrammes für „besonders schutzbedürftige Personen aus verschiedenen Herkunftsländern (5944)“. Hierzu gehört nach dem Koalitionsvertrag die Aufnahme von jesidischen Frauen und Kindern, die Opfer traumatisierender Gewalt geworden sind. Parallel hierzu sollen auch aus entwicklungspolitischer Sicht die bestehenden Kontakte mit dem Nordirak gefestigt und die bilaterale Kooperation intensiviert werden. Sowohl die Unterstützung von jesidischen Frauen und Kindern im Nordirak als auch die Aufnahme besonders schutzbedürftiger jesidischer Frauen und Kinder gilt insbesondere nach jüngsten Anfeindungen und Kampagnen gegen JesidInnen im Nordirak als äußerst geboten und zeitdringlich.

- Inwieweit findet eine Koordination zwischen den diesbezüglichen entwicklungs- und migrationspolitischen Bestrebungen der Landesregierung statt?
- Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung in Koordination mit dem Bund bisher unternommen, um ein entsprechendes Landesaufnahmeprogramm umzusetzen?
- Inwieweit wurden diese Schritte von der Landesregierung durch entsprechende entwicklungspolitische Maßnahmen in Koordination mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen PartnerInnen aus dem (Nord)Irak begleitet und/oder koordiniert? Welche PartnerInnen wurden hierbei konkret in den Blick genommen?
- Welche Rolle spielen hierbei MigrantInnen-Selbstorganisationen und transnational agierenden interkulturellen Organisationen, die sich zu Demokratie, Menschenrechten und Vielfalt bekennen?
- Inwieweit findet eine Koordination der entsprechenden entwicklungs- und migrationspolitischen Maßnahmen mit dem Bund und anderen Ländern, wie z.B. Baden-Württemberg, statt?
- Wie viele jesidische Frauen und Kinder, die Opfer traumatisierender Gewalt geworden sind, wurden bisher durch das migrations- oder entwicklungspolitische Engagement der Landesregierung konkret unterstützt und in welcher Form?



5. Wie plant die Landesregierung das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023 in NRW umzusetzen?

Bitte nehmen Sie in Ihrer Antwort Bezug auf die Behandlung des Themas im Ausschuss der Regionen und legen Sie dar, welche konkreten Maßnahmen bereits laufen bzw. noch geplant sind. Darüber hinaus bitte ich die Landesregierung auf die Frage einzugehen, was sie plant, um die Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen im Rahmen ihrer Kompetenzen zu vereinfachen und zu beschleunigen, um Fachkräftepotenziale für NRW zu heben.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, die Zusendung der angeforderten Unterlagen sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

Terminplan 2024 - 1. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So		
Januar	1	2	3	4	5)	6	7	Weihnachtsferien bis 05.01 sitzungsfrei	
	8	9	10	11	12	13	14		Sitzung Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21		Sitzungswoche
Februar	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche	
	29	30	31	1	2	3	4	Sitzungswoche	
	5	6	7	8	9	10	11	sitzungsfrei	
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei	
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzung Sitzungswoche	
März	26	27	28	29	1	2	3	Sitzungswoche	
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche	
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzung Sitzungswoche	
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche	
April	(25	26	27	28	29	30	31	Osterferien 25.03. - 05.04. sitzungsfrei	
	1	2	3	4	5)	6	7		sitzungsfrei
	8	9	10	11	12	13	14		Reiseweche Sitzungswoche
Mai	15	16	17	18	19	20	21	Sitzung Sitzungswoche	
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche	
	29	30	1	2	3	4	5	Sitzungswoche	
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche	
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche	
Juni	20	(21)	22	23	24	25	26	Pfingstferien 21.05. sitzungsfrei	
	27	28	29	30	31	1	2	Reiseweche Sitzungswoche	
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzung Sitzungswoche	
	10	11	12	13	14	15	16	Sitzungswoche	
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche	
	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche	
Juli	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche	

- = AEI
(gepunktet = Bedarfstermin)
- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien
- _ = Bundesrat

Terminplan 2024 - 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
August	(8	9	10	11	12	13	14	sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	sitzungsfrei
	22	23	24	25	26	27	28	sitzungsfrei
	29	30	31	1	2	3	4	sitzungsfrei
	5	6	7	8	9	10	11	sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei
	19	20)	21	22	23	24	25	sitzungsfrei
September	26	27	28	29	30	31	1	Reiseweche Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzung Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
Oktober	30	1	2	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	13	Bedarftermin Sitzungswoche
	(14	15	16	17	18	19	20	Herbstferien 14.10.-26.10. sitzungsfrei
	21	22	23	24	25	26)	27	sitzungsfrei
	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
November	4	5	6	7	8	9	10	08.11.Jugendlandtag belegt Räume Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Mittwoch Sitzung 14.00 Uhr Sitzungswoche
	25	26	27	28	29	30	1	Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
Dezember	9	10	11	12	13	14	15	Sitzung Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Weihnachtsferien 23.12.-06.01. sitzungsfrei
	30	31	1	2	3	4	5	sitzungsfrei
	Januar							

- = AEI
(gepunktet = Bedarfstermin)
- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien
- _ = Bundesrat